

# Stenographischer Bericht

über die

## Verhandlungen des Bayerischen Landtags

### Dreißundzwanzigste öffentliche Sitzung

Nr. 23

Dienstag den 15. Juli 1947

I. Band

	Seite		Seite
Geschäftliches	715	Mündlicher Bericht des Ausschusses für die Geschäftsordnung zum Schreiben des Staatsministeriums der Justiz vom 15. Juli 1947 betreffend <b>Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Lorig</b> (Beilage 534).	
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Aufgaben wirtschaftlicher Art zu den Eingaben		<b>Redner:</b>	
1. des Bayerischen Bauernverbandes, Sitz München,		Dr. Hille (SPD) [Berichterstatter]	786
2. des Vorsitzenden des Kreistagsausschusses und 2. Bürgermeisters Ludwig Rammelsberger in Wilshofen		Höllnerer (WW)	787
um <b>Ablehnung der durch die Industrie-Siedlungs- und Baugenossenschaft „Neuheim am Römerweg eGmbH.“ geplanten Flüchtlingsgroßsiedlung im Landkreis Wilshofen</b> (Beilage 324).		Dr. Hundhammer (CSU)	788
<b>Redner:</b>		Staatsminister Dr. Hoegner	788
Hagn Hans (CSU) [Berichterstatter]	716	Dr. Hille (SPD)	789
Witom (SPD)	718	Scheffert (CSU)	789
<b>Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. Ghard</b> (Berufung des Staatssekretärs Dr. Ludwig Hagenauer zum Staatsminister für politische Befreiung und des Landgerichtspräsidenten Camille Sachs zum Staatssekretär in diesem Ministerium)	725	Dr. Sinnert (FDP)	789
<b>Bereidigung des Staatssekretärs Camille Sachs</b>	725	Mündlicher Bericht des Ausschusses für die Geschäftsordnung zum Schreiben des Rechtsanwalts Dr. Albert Amend in Landsberg a. L. vom 3. Mai 1947 betreffend <b>Durchführung eines Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Michel</b> (Beilage 535)	739
Fortsetzung der Aussprache über die Flüchtlingsgroßsiedlung „Neuheim am Römerweg“:		<b>Festsetzung der Zeit und Tagesordnung für die nächste Sitzung</b>	740
<b>Redner:</b>			
Krempf (CSU)	725	Die im Sitzungsaal des Oberfinanzpräsidiums stattfindende Sitzung wird um 15 Uhr 12 Minuten durch den I. Vizepräsidenten Hagen Georg eröffnet.	
Weidner (FDP)	727	<b>I. Vizepräsident:</b> Die 23. öffentliche Sitzung des Landtags ist hiermit eröffnet.	
Wilhelm (SPD)	728	Nach Art 4 Abs. 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt bzw. beurlaubt die Abgeordneten Drechsel, Egger, Dr. Horlacher, Dr. Huber, Kiene, Op den Orth, Dr. Laforet, Sauer, Dr. Seidel, Haugg Pius.	
Dr. Schögl (CSU)	730	Herr Valentin Baur hat infolge seiner Wahl in den Wirtschaftsrat das Mandat zum Landtag niedergelegt. Der Präsident hat den Herrn Landeswahlleiter ersucht, den Ersatzmann einzuberufen. Das Haus nimmt das zur Kenntnis.	
Witzinger (CSU)	732	Zur heutigen Tagesordnung schlage ich vor, als Ziffer 1 den Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CSU, SPD und FDP hereinzunehmen betreffend Demontage des Werkes Kugelfischer in Schweinfurt. Der Beschluß des Haushaltsausschusses liegt Ihnen vor. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.	
Noße (WW)	733		
Stoß (SPD) [zur Geschäftsordnung]	735		
Staatsminister Seifried [desgleichen]	735		
Dr. Hundhammer (CSU) [desgleichen]	735		
(Die Aussprache wird abgebrochen.)			
<b>Persönliche Bemerkung des stellv. Ministerpräsidenten Dr. Högner</b> zu einem Artikel in der Halbmonatsschrift der Arbeitsgemeinschaft der Jungen Union in der CSU in Bayern Nr. 9 vom Juli 1947	736		
Stenogr. Ber. d. Bayer. Landtags 1946/47. Bd. I. 23. Sitzung.	(Mth)		

## (I. Vizepräsident)

Ich schlage ferner vor, Ziffer 2 der ursprünglichen Tagesordnung zunächst zurückzustellen, bis alle Fraktionen ihre Vorschläge schriftlich bei mir eingereicht haben. Ich bitte, diese Vorschläge beschleunigt einzureichen, damit der Verfassungsgerichtshof baldigst seine Tätigkeit aufnehmen kann.

Ich mache das Haus schon jetzt darauf aufmerksam, daß wir während der Beratungen dieser Woche voraussichtlich mehrere namentliche Abstimmungen haben. In welchen Tagen oder gar zu welchen Stunden diese jeweils sein werden, kann ich jetzt natürlich noch nicht sagen. Jedenfalls bitte ich die Tatsache zur Kenntnis zu nehmen.

Wir treten nun in die Tagesordnung ein. Ich rufe auf die neue

## Ziffer 1:

**Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zu dem Dringlichkeitsantrag über das Werk Kugelfischer in Schweinfurt.**

Berichterstatter ist der Abgeordnete Hagen Lorenz.

(Zuruf Stock: Hat eine Besprechung bei der Militärregierung.)

Da Abgeordneter Hagen Lorenz durch eine dringende Besprechung bei der Militärregierung abgehalten ist, bitte ich um Zustimmung, in Ziffer 1 der ursprünglichen Tagesordnung einzutreten:

**Mündlicher Bericht des Ausschusses für Aufgaben wirtschaftlicher Art zu den Eingaben**

1. des Bayerischen Bauernverbandes, Sitz München, und
2. des Vorsitzenden des Kreistagsausschusses und 2. Bürgermeisters Ludwig Kammelsberger in Wilshofen

um Ablehnung der durch die Industriefiedlung und Baugenossenschaft „Neuheim am Römerweg eGmbH“ geplanten Flüchtlingsgroßsiedlung im Landkreis Wilshofen (Beilage 324).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hagn Hans. Ich erteile ihm das Wort.

Hagn Hans (CSU) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Bericht über die Stellungnahme zu der beabsichtigten Gründung der Flüchtlingsfiedlung Neuheim am Römerweg bei Osterhofen im Wirtschaftsausschuß am 16. Mai 1947 mit den Eingaben Nr. 464 und 559. Anwesend waren 26 Vertreter des Wirtschaftsausschusses und 10 Vertreter der Regierung, an ihrer Spitze Herr Staatssekretär Fischer.

Einschlägig waren die Eingaben

1. des Bayerischen Bauernverbandes München für die Ablehnung der durch die Industriefiedlung und Baugenossenschaft Neuheim am Römerweg eGmbH geplanten Flüchtlingsfiedlung im Landkreis Wilshofen und
2. des Vorsitzenden des Kreistagsausschusses und 2. Bürgermeisters Ludwig Kammelsberger in Wilshofen.

Vor der Berichterstattung entspann sich zunächst eine Geschäftsordnungsdebatte, nachdem Abgeordneter Weidner verlangt hatte, daß diese Angelegenheit

Sache des Flüchtlingsausschusses sei. Der Vorsitz widersprach dieser Forderung mit dem Hinweis das Interesse der Flüchtlinge selbst und auf die Sache, daß die Angelegenheit dem Wirtschaftsausschuß durch das Landtagsplenium zugewiesen worden sei. geordneter Emmert schloß sich der Ansicht des sitzenden an, während Abgeordneter Bitom der sichts des Abgeordneten Weidner war. Der Mi Weidner auf Absehung des Gegenstandes von Tagesordnung und Überweisung an den Flüchtlingsausschuß wurde mit Mehrheit abgelehnt.

In der ausgedehnten Aussprache über das jetzt Neuheim am Römerweg führte der Berichterstatter Hans Hagn aus, daß die Lösung der Flüchtlingsfrage derzeit wohl das brennendste Problem sei. Die Einigung der Flüchtlinge müsse aber in planvoller überlegter Weise der Struktur des Landes und Bedürfnissen der Neubürger angepaßt werden. legte dar, daß der geplante Bau einer Siedlung inmitten eines mehr als 521 Hektar großen, b gesündesten und borkenfreien Waldes als Verbrennungsbezeichneten wäre, würde man um einiger von ehrgeizigen Plänen Beseelter willen den gesamten Wald während an anderen Stellen genügend Platz für Bau einer derartigen Siedlung gegeben wäre. Er bezug auf die Eingabe des Bayerischen Bauernverbandes vom 24. März 1947, die Stellungnahme des Wirtschaftsministers Dr. Zorn vom 14. März 1947, die kommen ablehnende Stellungnahme des Arbeitsministers vom 26. März 1947 und den Bericht über die Sichtungsfahrt des Ernährungsministeriums, 2 lung Forsten, vom 11. März 1947 sowie auf die 7. März 1947 stattgefundenen Bürgermeisterbesprechungen der 40 Gemeinden im Landkreis Wilshofen sich übereinstimmend gegen den Bau dieser Flüchtlingsstadt aussprachen und auf die schweren Folgen Rückwirkungen hinwiesen. Der Berichterstatter folgende abschließender Stellungnahme: Er könne nicht vorstellen, daß die noch zu Hunderttausenden handenen, fliegergefährdeten Wohnungen in un Großstädten aus Mangel an den nötigen Baustoffen unbewohnt bleiben müssen, während man glaube, mit Lehm allein eine Stadt aufbauen zu können schlug vor, den vorhandenen Wohnraum mit r Mitteln auszubauen und Randfiedlungen zu erst um dadurch zu bewirken, daß die Neubürger dort gesetzt werden könnten, wo sie Brot und Verdiensten. Er bat den Ausschuß, den Plan im Interess der Flüchtlinge abzulehnen und die Gewerbesiedlung Baugenossenschaft Neuheim am Römerweg aufzu nachdem bereits 80 000 Mark verausgabt worden ohne daß irgendeine feste Zusage der einschlägigen Ministerien abgewartet wurde.

Der Mitberichterstatter Dr. Kief betonte drücklich, daß er niemals eine befürwortende Stellungnahme gegenüber dem Projekt eingenommen habe, wie sie im Laufe der Verhandlungen der geistige Vater Siedlung, ein Herr Rohrausch, unterzogen hatte Mitberichterstatter schloß sich vollinhaltlich den Ausführungen des Berichterstatters an.

Herr Rohrausch legte seine Pläne dar wiederholte den damals bei der Fahrt des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses von ihm festgestellten Ausspruch, daß der ehemalige Ministerpräsident Dr. Wilhelm Döggner ihm ein Schreiben ausgehändigt

n Hans (CSU)

in dem alle Amtsstellen angewiesen seien, dem vollste Unterstützung angedeihen zu lassen. Er te auch Herrn Minister Dr. Baumgartner, der ihm als befürwortend den Bau der Siedlung versehen haben soll.

Justizminister und stellvertretender Ministerpräsident Dr. Hoegner erschien selbst zu dieser Sitzung. Er legte den Sinn seiner Befürwortung klar. Diese bestanden darin, daß er, wie sein Ministerkollege Dr. Baumgartner, die Siedlung befürwortend überprüfung der Durchführbarkeit des Plans emp-

Demgegenüber bedauerte Herr Kohlrausch, nicht gerade in der objektivsten Art und Weise den Plan vertrat, daß er, nachdem er nordischer Art sei, den Sinn der bayerischen Aussprache verstanden hätte. Herr Kohlrausch legte in seinen Ausführungen dar, daß der Ausbau von Dachwohnungen und der Bau von Landsiedlungen bis jetzt noch das gewünschte Ergebnis gezeitigt hätten, den 100 000 Menschen, die in den Landkreis Wilsbiburg einreisten, genügend Möglichkeiten zu geben, erwerbsmäßig zu gestalten und zu entfalten. Kohlrauschs Plan ist folgender: Auf einem flachen Höhenrücken zwischen Donau und Wils — es ist der einzige freie Staatswald in einer außerordentlich waldarmen Gegend — soll der Wald auf einer Fläche von 521 Hektar abgeholzt und eine Flüchtlingsstadt für 6000 bis 8000 Menschen mit allen dazugehörigen Amtsgebäuden (Schule, Post, Amtsgericht, Rathaus, Kirche, Krankenhaus usw.) erbaut werden. Das vorhandene Holz soll diesem Zweck Verwendung finden. Viehm ist genügend vorhanden. Die Steine zur Fundamentierung will er vom Bayerischen Wald herbeschaffen. Der Zweck der Siedlung ist, 6000 bis 8000 Menschen Wohnung zu geben, die sich dort in allen möglichen Erwerbszweigen erwerbsmäßig betätigen könnten. Der Plan sieht vor, nach Abschluß des Baues eine komplette Gasversorgung des Landkreises Wilsbiburg durchzuführen. Kohlrausch zeigte einige Muster aus Werkstätten für deutsche Flüchtlingsvor, die den Ausschuss ermutigten, daß unter den Neubürgern eine Reihe verlässlicher Köpfe vorhanden ist.

Nach den Darlegungen des Verfechters des Planes Herr Rammelesberger als 2. Bürgermeister der Stadt Wilsbiburg und als Vorsitzender des Kreis-Ausschusses in leidenschaftsloser aber überzeugender die Unmöglichkeit des Plans dar und wies darauf hin, daß der Kreistagsausschuss bereits im Juli 1946 beschluß gefaßt hatte, das Vorhandene auszubauen im Rahmen des Möglichen Neues zu schaffen. Rammelesberger betonte, daß das vorhandene Holz, das nur zu Kompensationsgeschäften benützt werden der einzige Aktivposten bei dem ganzen Bau sei. Das übrige Material, mit Ausnahme von Viehm, fehle gänzlich. Er wies auch darauf hin, daß man einen neuen Staat schaffen, wenn man die Flüchtlingsneubürger am Römerweg errichte; die Menschen, die in Landsiedlungen untergebracht werden, müßten in wenigen Jahren mit der einheimischen Bevölkerung vollständig als gleichberechtigte Mitbürger verfaßt sein. Es bestünde allseits der Wille, diesen Menschen zu helfen. Er stellte den Plan Kohlrauschs als Utopie hin.

Abgeordneter Emmert bedauerte, daß im bayerischen Volk vielfach die Auffassung vertreten werde, die Flüchtlinge seien nur eine Last, und betonte, daß große Teile von Flüchtlingen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau unserer schwer ringenden Heimat als Gottesgeschenk zu bezeichnen seien. Seiner Meinung nach handelte es sich bei dem Plan Kohlrauschs um eine Fehlleitung der Initiative. In Wirklichkeit gehe es darum, daß die einheimische Industrie ihre Bereitwilligkeit an den Tag zu legen habe, die neu zu uns gestoßenen Arbeitskräfte an der gesamten Produktion zu beteiligen. Er schlug außerdem vor, bei derartigen Plänen eine Koordinierung des Flüchtlingsausschusses und des Wirtschaftsausschusses vorzunehmen, um endlich die Flüchtlingsfrage ernstlich von der rein wirtschaftlichen Seite her für das gesamte Land anzupacken.

Abgeordneter Rempl forderte, daß die Neubürger möglichst rasch mit den Einheimischen zu verschmelzen seien. Er teilte mit, daß in seiner Heimatstadt Schwandorf ein großer Bedarf an Arbeitern für die verschiedensten Werke vorhanden sei. Abgeordneter Weidner verwies auf das ungeheure Kapital, das die Flüchtlinge mit ihrer Arbeitskraft darstellen, und forderte jerner darauf, daß ihnen rasch Hilfe geleistet werden müsse, um eine Radikalisierung zu unterbinden. Er sah in dem Projekt einen Prüfstein für Bayern, ob es die Flüchtlinge positiv eingliedern wolle. Der Abgeordnete Witom sprach sich für den Bau der Flüchtlingsstadt aus.

Staatssekretär Fischer nahm als Leiter der Bauabteilung im Staatsministerium des Innern zu den aufgeworfenen Fragen Stellung. Er wies darauf hin, daß die Staatsregierung dem Flüchtlingsproblem das größte Augenmerk zuwenden. So wurden im Staatshaushalt 1946 wie auch im Haushaltsentwurf 1947 für die Flüchtlinge nicht unbedeutende Summen ausgesetzt. Man müsse Verständnis dafür haben, daß nicht von heute auf morgen zwei Millionen Flüchtlinge untergebracht und eingesezt werden können, sondern daß dieses Problem Zug um Zug seiner Lösung zugeführt werden muß. Der Staatssekretär legte in Zahlen und Prozenten die bejammernswerten Aussichten in der Baustoffproduktion dar, deren Grundlage immer wieder die Kohle sei. Er ließ den Wirtschaftsausschuss nicht im unklaren, daß Eisen kaum zur Verfügung gestellt werden könne und der einzige Aktivposten das vorhandene Holz sei. Bevor man neue Industrien aufziehe, solle man sich der alten Industriekapazitäten bedienen, die nun einmal da seien. Staatssekretär Fischer betonte, daß man in einer Ziegelei in München viel mehr Produktionsmöglichkeit hätte, wenn die nötigen Arbeitskräfte vorhanden wären. Es sei eine Fehlleitung, in Neuheim eine Ziegelei aufzumachen, während man hier nicht mit den nötigen Arbeitskräften rechnen könne. Abschließend erklärte der Redner, er halte es bei der gegenwärtigen Lage auf dem Baustoffmarkt nicht für möglich, jetzt an die Schaffung einer Neubürgerstadt heranzugehen. Es müßten Ausweichstellen gesucht und gefunden werden.

Regierungsvertreter Schmid verlas eine Reihe von Firmen, die dringend Arbeitskräfte benötigen; unter anderem habe München allein 40 000 offene Arbeitsstellen. Gerade Facharbeiter für die Exportindustrie würden dringend gesucht. Regierungsvertreter Reizen, als Vertreter des Staatssekretärs Jaenicke, bat den Ausschuss, dem Plan die Zustimmung nicht zu versagen, um die Flüchtlinge unterzubringen. Landesforst-

(Sagen Hans [CEU])

meister H o p f n e r sah in dem 1600 Tagwerk großen Staatswaldbdistrikt den Regulator des Wasserhaushaltes des dortigen Bodens und des Klimas und warnte vor den nachteiligen Folgen, die sicher durch die Abholzung gerade dieses Waldes eintreten würden.

Abgeordneter W i l h e l m brachte den Antrag ein:

Der Wirtschaftsausschuß ersucht die Staatsregierung, die Eingaben des Bayerischen Bauernverbandes und des Herrn Rammelberger auf Ablehnung des Siedlungsprojektes Neuheim am Römerweg als erledigt zu betrachten. Die Staatsregierung wird ersucht, unter Zusammenfassung aller Kräfte die Durchführung des Projektes tatkräftig zu fördern.

Dieser Antrag wurde bei der Schlußabstimmung mit 14 gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Frau Abgeordnete Dr. P r o b s t wies nach, daß die Erlanger-Bamberger Baumwollindustrie und ihre Tochterunternehmung in Langen im Allgäu einen starken Bedarf an Drosselspinnerinnen habe. Sie könne Baumwolle bekommen, sobald sie verarbeiten könne. Es fehle aber an Arbeitskräften. Frau Dr. Probst sah nicht ein, warum die von Kohlrusch geplante Textilindustrie neu entstehen soll, während traditionsalte, gut eingerichtete Textilfirmen bei weitem nicht ausgelastet seien. Abgeordneter W e i n z i e r l machte den Vorschlag, an die Militärregierung mit der Bitte heranzutreten, vorhandene militärische Gebäude und Anlagen mit ihren Inneneinrichtungen für derartige, sich selbständig machende Gewerbeunternehmungen freizugeben. Abgeordneter D r e h s e l, der in der Nachmittagsitzung den Vorsitz an Dr. Schögl zurückgegeben hatte, sprach sich für den Bau der Flüchtlingsstadt aus.

Der Antrag Emmert und Genossen, und zwar

Ziffer 1: Der Wirtschaftsausschuß des Bayerischen Landtags beschließt, die Eingabe des Bayerischen Bauernverbandes und des Vorsitzenden des Kreistagsausschusses Wilshofen in Sachen Neuheim am Römerweg der Staatsregierung zur Berücksichtigung hinüberzugeben wurde mit 14 gegen 7 Stimmen angenommen;

Ziffer 2: Der Wirtschaftsausschuß beauftragt die bayerische Staatsregierung, die Initiative zu ergreifen, um die praktische Eingliederung der Flüchtlinge in die bayerische Wirtschaft zu bewerkstelligen wurde mit 22 gegen 2 Stimmen angenommen;

Ziffer 3: Zu diesem Zweck wird der Bayerische Landtag ersucht, einen Koordinierungsausschuß aus Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses und aus Mitgliedern des Flüchtlingsausschusses zu bilden wurde einstimmig angenommen.

In diesem Sinne bittet der Wirtschaftsausschuß das hohe Haus, beschließen zu wollen.

**I. Vizepräsident:** Ich danke dem Herrn Abgeordneten für die Berichterstattung. Wir treten in die Aussprache ein.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete B i t o m.

**Bitom (SPD):** Meine Frauen und Männer des Bayerischen Landtags! Wenn ich als einer der vielen

Hunderttausende Heimatloser zu dem vorliegenden Antrag Stellung nehme, dann möchte ich Sie darauf hinweisen, daß nicht nur die heimatlosen, die im Kreis Wilshofen untergebracht worden sind, mit bangem Herzen auf Ihre Entscheidung warten, sondern daß darüber hinaus 1 750 000 Heimatlose im Lande Bayern mit höchster Spannung die Entscheidung der Volksvertretung erwarten, wie Sie ihre Sezhaftmachung und Eingliederung zu lösen gedenkt. Es ist höchste Zeit, daß die verantwortlichen Stellen ihre bisherige Einstellung zu diesem Problem einer gründlichen Revision unterziehen. Man sollte doch endlich begreifen, daß das Schicksal der übrigen Deutschen nicht von dem der ausgewiesenen und auch ihrer Heimat vertriebenen zu trennen ist. Ganz Deutschland hat den Krieg verloren und ganz Deutschland hat auch die Folgen zu tragen, nicht nur die Vertriebenen oder sonstigen Kriegsgeschädigten. Sie stehen in einer gefährlichen geistigen Krise, denn sie sehen kein Ziel, das sie erreichen können, und mancher von ihnen hat sich schon lieber den Tod gewünscht als dieses Dasein.

Die s e l i s c h e und l e i b l i c h e Not steigert sich bei ihnen in einem Maße, das moralisch und sozial für alle Teile untragbar geworden ist und unausschiebbar eine demokratische, staatspolitische Lösung verlangt. Wenn sie trotzdem ihr Leid mit einer Lammsgeduld ruhig getragen haben, dann darf man sich nicht darüber täuschen: ihr Schweigen kann Ruhe vor einem Sturm, kann Besinnung zur Tat sein. Gepeitscht von der Not kann alles einmal ins Gegenteil, zu einem furchtbaren Unglück umschlagen. Der Nationalsozialismus hat die Menschen stumpf gemacht. Sie waren zu seiner Zeit Zeugen so vieler Unmenschlichkeiten, daß sie die Not der Heimatlosen heute nicht mehr sehen und nicht mehr hören, trotzdem sie alltäglich vor ihrer Türe steht. Parteien, Regierung, Kirchen und Wohlfahrtsorganisationen haben sich, die einen mit Worten und die anderen auch mit Taten, damit befaßt, und es ist schon vieles geschehen. Aber alles bisher Unternommene war doch nur ein Tröpfchen auf den heißen Stein. Die Frage wird aber weder bürokratisch noch karitativ gelöst werden können. Sie muß gelöst werden mit großherzigster Menschlichkeit. Seit Monaten wird nun den Ausgewiesenen und Vertriebenen durch Verfassung und Flüchtlingsgesetz die völlige G l e i c h b e r e c h t i g u n g mit der heimischen Bevölkerung nicht nur in der Frage der Sezhaftmachung, sondern auch ihrer organischen Eingliederung in Wirtschaft, Handel, Handwerk und Verwaltung versprochen. Diese Versprechungen sind ihnen aber bisher nur — wie einem störrischen Zugvieh ein Bündel Heu — als Köder hingehalten worden, nach dem sie vergeblich zu schnappen versuchen.

(Widerspruch.)

Ein anschauliches Beispiel für diese Behandlung ist das zur Debatte stehende Projekt Neuheim am R ö m e r w e g. Es entstand, nachdem alle Bemühungen um den Ausbau vorhandener Möglichkeiten in Rand-siedlungen usw. zu keinem Ergebnis geführt haben und die Ausgewiesenen zu der Überzeugung kamen, daß in dieser Zeit hoffnungsloser Depression und Rat- und Tatlosigkeit der verantwortlichen Stellen nur auf dem Wege der S e l b s t h i l f e ein Anfang gemacht werden kann. In dieser Erkenntnis ergriff das Kreistagsmitglied Kohlrusch in Osterhofen die Initiative und stellte im Kreistag den Antrag, den Bau eines Sied-

(Witom [SPD])

lungsdorfes in eigener Flurgemarkung zu beschließen. Diesem Antrag wurde damals einstimmig zugestimmt. Von allen Parteien ist also dieser Antrag angenommen worden. Mit Fachleuten aller Bau- und Wirtschaftsgebiete — Alt- und Neubürger, nebenbei bemerkt — wurde nach seinen Ideen und in allen Einzelheiten ein Plan ausgearbeitet, der in seinem demokratischen Aufbau auch von den höchsten Regierungsstellen als konstruktive Lösung der Flüchtlingsfrage für das Land Bayern angesehen worden ist. Er verdient auch deshalb schon größte Beachtung, weil infolge der Standortbestimmung die Möglichkeit gegeben ist, das erforderliche Baumaterial zu fast 80 Prozent im Kreis zu gewinnen und es den notwendigen Bauvorhaben in den zerbombten Städten nicht streitig zu machen. Steine, Lehm, Sand, Kalk, Kies und Holz brauchen nur nutzbar gemacht und aus allernächster Nähe herangebracht zu werden, was bei der bestehenden Baumaterialnot an keiner anderen Stelle so günstig möglich ist.

(Zurufe von der CDU: Es liegt nicht so einfach!  
Sie sind falsch informiert.)

Das Vorhaben ist also technisch, wirtschaftlich und finanziell durchführbar.

Geringfügigen Nachteilen stehen überwältigende Vorteile wirtschaftlicher, sozialer und staatspolitischer Art gegenüber. Der Plan wird auch nicht aus technischen, sondern lediglich aus politischen Gründen und engstirnigem Wirtschaftsegoismus sabotiert. Die Ausgewiesenen und Vertriebenen lehnen es aber ab, daß aus ihrer Not parteipolitische Geschäfte gemacht werden.

(Sehr richtig! — Widersprechende Zurufe von der CDU. — Donsberger: Aufhebung der Flüchtlinge!)

— Ich komme noch darauf.

Der Kreis Vilshofen ist ein überwiegend landwirtschaftlich genutztes Gebiet, das vor dem Krieg 48 000 Einwohner zählte. Der Zusammenbruch Deutschlands führte bisher 18 500 Zugangspersonen hierher, die in der Hauptsache bei den Bauern recht und schlecht, freilich oft mehr schlecht als recht, untergebracht sind, zum Leidwesen beider Teile in drangvoll fürchterlicher Enge und mit den geringsten Beschäftigungsmöglichkeiten.

(Zuruf: Weil sie nicht wollen!)

Und was wollen nun diese 18 500 Ausgewiesenen in dem Kreis Vilshofen, die die größten, aber auch die sinnlosesten Opfer gebracht haben und nun als Bettler vor einer aussichtslosen Zukunft stehen, von den 48 000 Einwohnern, an denen der Krieg fast spurlos vorübergegangen ist und die über rund 60 000 Hektar landwirtschaftlich genutzten Landes verfügen? Im Endstadium der Planung ganze 300 Hektar Wald, um sich endlich eine neue Heimat, ein Heim mit eigenem Herd, Beschäftigung usw., mit einem Wort: ein Zuhause zu schaffen, das ihnen wieder festen inneren Halt geben soll! Keiner fühlt sich da zu alt oder zu kraftlos, um noch einmal von vorne anzufangen. Sie alle wollen damit unter Beweis stellen, daß es ihnen ehrlich um Aufbau und Existenz des Volksganzen geht, um so mehr als durch die bei den Siedlungsbewerbern vorhandenen Produktionsmittel sofortige Produktionsaufnahme garantiert ist und sie durch ihre Exportfertigung zu Devisenbringern erster Ordnung werden.

Jetzt, wo die Durchführung des Projekts Tatsache werden soll, treten die Verteidiger des Besitzbürgertums auf den Plan. Der Kreisvorsitzende der CDU, Kammelsberger, der samt seiner Kreisstagsfraktion seinerzeit dem Projekt zugestimmt hat, wendet sich nunmehr mit allen Mitteln und sadenscheinigsten Gründen angeblich im Auftrag der eingeseffenen Bevölkerung gegen die Verwirklichung des Projekts. Wie das wirklich gemacht wird, mag Ihnen folgender Brief beweisen, der an mich gerichtet ist; er steht Ihnen zur Einsichtnahme zur Verfügung.

Wie Ihnen bekannt ist, baute ich nach dem ersten Weltkrieg den deutschen Weberkardenanbau wieder auf. Mir war es damals in einer zehnjährigen Aufbauarbeit möglich, den Anbau von 250 000 Stück der Jahre 1925 bis 1928 auf 30 000 000 Stück in den Jahren 1936 bis 1939 zu steigern.

Gestatten Sie mir dazu eine kleine Erklärung. Die Weberkardie ist eine Pflanze, die die Textilindustrie zur Aufrauhung ihrer Stoffe dringend braucht. Sie muß jetzt von Frankreich eingeführt werden und kostet uns ungeheure Devisen. Man will dort diesen Weberkardenanbau wieder aufnehmen. Nun hören Sie weiter:

Als ich nun nach dem Kriege das Elend der vielen Flüchtlingsfamilien sah, war ich bereit, den Weberkardenanbau wieder aufzubauen. Dadurch können bei einer richtigen Einteilung der Anbauflächen 300 bis 400 Flüchtlingsfamilien des Anbaugesbietes (in den zehn Gemeinden) zu einer zusätzlichen Einnahme von 400 bis 500 Mark im Jahre kommen. Nachdem auch für die Anbauer noch Anbau- und Lieferungsprämien in Form von Textilwaren zur Verteilung kommen, könnten diese Familien auch noch mit Bekleidung versorgt werden.

Um aber diese Familien dauernd zu beschäftigen, beabsichtige ich, meinen Hof, dessen Felder noch durch den Zwang der vergangenen Kriegsjahre (ich war drei Jahre einberufen) verpachtet sind und auch heute von den Pächtern nicht zurückgegeben werden, zu Textilbetrieben

— also zum Anbau der Weberkardie —

für die Flüchtlinge auszubauen. Im Herbst des vergangenen Jahres fand aus diesem Grunde eine Besichtigung meines Hofes durch den Herrn Landrat von Vilshofen, den Leiter des Gewerbeamtes von Vilshofen, der Firma Rohkrauch in Osterhofen, der Firma Liebherr in Passau und den beiden Bürgermeistern Schachtner und Maier von Hoffkirchen statt.

In dieser Besprechung wurde festgelegt, daß mein Hof für Flüchtlingsbetriebe ausgebaut wird.

Der Landrat machte uns aber dabei aufmerksam, daß von seiten der Behörde nicht die nötigen Baumaterialien durch Bezugsscheine zu bekommen sein werden. Es wurde dann vereinbart, daß wir so weit als möglich die Baumaterialien selbst beschaffen. Herr Maier versprach die nötigen Steine, Hartplatten, Zement und alles sonstige, ich versprach aus dem eigenen Walde so viel als möglich Bauholz zu beschaffen. Der Landrat und die beiden Bürgermeister er-

(SPD)

klärten darauf noch in einer Niederschrift, daß ich bei meinem Bauplan mit allen Mitteln unterstützt werde. Somit hatte ich das feste Vertrauen, daß der Plan, den Hunderten von Familien wieder Verdienst zu schaffen, bald verwirklicht sein wird.

Zudem stellte ich noch 8 Tagwerk Feld zur Besiedlung mit 20 Doppelhäusern für 40 Familien zur Verfügung. Nach meinem Plane sollte jede Familie 800 qm Gartenland bekommen, damit jede Familie zur Haltung einer Ziege, zum Anbau der nötigen Kartoffeln und des Gemüses genügend Platz hat. Ist es uns möglich, auch noch Kürbisterne zu bekommen, so ist auch jede Familie noch mit dem notwendigen Fett versorgt.

Leider wurde mir schon kurz nach der Besichtigung durch den Landrat von Bürgermeister Schachtner bei einer abermaligen Unterbringung von Flüchtlingen im Hof im Beisein der Flüchtlinge erklärt, ich werde für die Flüchtlinge nicht zum Bauen kommen, denn ich werde noch vorher erledigt werden. Diese Drohung bekam ich auch kurz darauf zu spüren, nachdem in meinem Hofe ein Gewehr gefunden wurde, obwohl ich in meinem Leben keines in Besitz hatte. Als darauf ein Gemeinderat, Herr Hartinger, zu mir kam, fragte ich ihn, warum die Gemeinde gegen den Flüchtlingsbau ist. Herr Gemeinderat Hartinger jagte mir darauf: Der Gemeinderat will nicht, daß ich für die Flüchtlinge zur Siedlung komme, und will auch nicht, daß ich für die Flüchtlinge Arbeitsplätze baue. Wenn die Flüchtlinge Arbeit und Verdienst, dazu auch noch Häuser bekommen, so bleiben sie ja hier. Das wollen wir aber nicht, daß die Flüchtlinge hier bleiben; denn sie müssen ja alle wieder dorthin, wo sie hergekommen sind.

(Hört, hört! bei der SPD.)

Auch der Bürgermeister sagte noch wiederholt zu mir: Du wirst nicht zum Siedeln und auch nicht zum Bauen kommen; dafür helfen wir dir noch. Es gibt keine Verleumdung und keine Verfolgung, die nun seitdem von dem Bürgermeister mit allen seinen Freunden, darunter ganz besonders meinen Grundstücks-pächtern (fast alle Parteiführer der NSDAP) nicht unternommen wurde.

Auf Betreiben der Bürgermeister kam auch der Förster Ber von Seestetten zu mir und erklärte, daß mein Bauholz beschlagnahmt sei, da für die Flüchtlinge kein Bau notwendig ist. Als ich nun das Bauholz von den Zimmerleuten für den Bau doch behauen ließ, kam der Förster nochmals und sagte mir, das Holz sei beschlagnahmt. Ich erklärte dem Förster, daß ich nicht für mich baue, sondern daß ich meinen Hof, meinen Grund und auch noch mein Holz bereitgestellt habe, damit den Flüchtlingen geholfen wird. Darauf erwiderte mir der Förster: Für die Flüchtlinge wird nichts gebaut; das Holz wird für andere Zwecke abgefahren.

Ich kann heute die Einstellung dieser Menschen nicht verstehen. Haben nur die Flüchtlinge den

Krieg verloren oder wir alle, und damit auch der Förster und der Bürgermeister? Ich kann auch nicht verstehen, warum der Herr Landrat und die Bürgermeister mir vorher mündlich und schriftlich jede Unterstützung zusagen, damit der Bau möglich wird, und heute alles tun, damit ich am Aufbau gehindert werde. Solange es möglich ist, daß Bürgermeister gegen jeden Aufbau für die Flüchtlinge arbeiten können, und die Regierung dieses Treiben nicht verhindert, wird die Not der Flüchtlinge nicht kleiner, sondern immer noch größer werden.

Möge recht bald die Zeit kommen, in der es möglich sein wird, daß ich für die Flüchtlinge durch den deutschen Weberfardenanbau Verdienst und Bekleidung beschaffen und durch den Bau von Siedlungshäusern auch noch eine neue Heimat schaffen kann.

An Sie richte ich die herzliche Bitte um Unterstützung, damit der Aufbau für die Flüchtlinge ermöglicht wird.

(Zuruf von der CDU: Wie heißt der Mann?)

— Schmidhuber in Hoffkirchen. Der Brief steht Ihnen nachher zur Verfügung.

Solche menschenfreundliche Hilfsbereitschaft und solches Verständnis für die Lage der Heimatlosen werden Sie da unten wiederholt zu hören bekommen, und ich vermute, daß trotz der Unbequemlichkeit, die das Schreiben der Landbevölkerung verursacht, solche Meinungen auch dem Präsidium zugegangen sein werden.

Um so skandalöser ist es aber, wenn sich die Ministerialbürokratie dazu hergibt, durch Gutachten, die bewußt unrichtig sind, solchen Leuten die Bälle zuzuspielen.

(Hört, hört!)

Das zeigt deutlich das von der Obersten Baubehörde in dieser Angelegenheit erstattete Gutachten, das von einem Herrn von Miller gezeichnet ist. Es beginnt zunächst einmal mit der Feststellung, daß der Schöpfer des Projekts von Berlin bzw. Wien nach Osterhofen gekommen ist.

(Zurufe: Sehr richtig! — Was hat denn das damit zu tun?)

Es hat sich anscheinend auch schon bis zu Herrn von Miller durchgesprochen, daß man, wenn man die entsprechende ablehnende Stimmung schaffen will, zunächst bayerisches Blut in Wallung zu bringen hat, und dies geschieht am besten dadurch, daß man den, gegen den man zu Felde zieht, als Ausländer bezeichnet, um beim Leser die entsprechende Stimmung und Aufnahmebereitschaft zu schaffen.

Das Gutachten gefällt sich weiter darin, das Ende der auf Jahre berechneten Entwicklung an den Anfang zu setzen, damit der Leser bei Aufnahme dieser Ausführungen unbedingt den Eindruck erhalten muß, daß das Baumaterial in den angeführten Zahlen in den nächsten 20 Jahren noch nicht zu beschaffen sein wird. Den Zweck hat er damit jedenfalls erreicht.

Wie steht es denn wirklich mit diesem Plan? Die Träger des Siedlungsvorhabens sind nach dem Plan keine geschäftshungrigen Wirtschaftshyänen, sondern die neu zu bildende Gemeinde und die Siedlungsbau-genossenschaft. Niemand hat daran gedacht, bei Herrn von Miller um Zuweisung von 45 Millionen Ziegeln,

**(Witom [SPD])**

20 000 Tonnen Zement oder 15 000 Tonnen Kalk zu bitten, die nach seinen Angaben ein Viertel bis ein Drittel des bei ihm überhaupt vorhandenen Bestandes darstellen. Das Bauvorhaben ist im wesentlichen auf der Selbsthilfe und auf der Selbstgewinnung der Grundstoffe basiert.

**(Widerspruch.)**

Es ist substantiiert dargelegt, daß auf diese Weise der gesamte Rohbau hingestellt werden kann und nur eine Spitze von 20 Prozent fehlender Materialien angefordert werden müßte.

Eine bewußte Fälschung des Herrn von Miller liegt aber auch darin, daß er seinen Berechnungen des angeblichen Materialbedarfs für die Siedlung die normale Ziegelbauweise zugrundelegt und unterstellt, daß dieser angefordert wird. Er soll diese Materialien für Reparaturen in den zerbombten Städten verwenden. Auf dem Lande können wir aber ohne weiteres die Naturstein- und Lehmbauweise durchführen und zur Anwendung bringen. Jedem das Seine! Daß man nicht nur hier für wahrscheinlich lange Zeit auf die Lehmbauweise angewiesen sein wird, können Sie daraus ersehen, daß in ganz Deutschland Lehmbauschulen, Beratungsstellen usw. errichtet werden und daß im Ruhrgebiet durch Pastor Bodelschwingh bei Bethel schon 500 Häuser, Arbeiterwohnungen, in Lehmbauweise hergestellt worden sind. Man stellt sich also auch dort darauf ein, und wir hier unten können das erst recht tun.

Ich weise aber auch noch darauf hin, daß sich die unvermeidlichen, aber bescheidenen Anforderungen von rund 20 Prozent des Materialbedarfs auf eine ganze Reihe von Jahren erstrecken und in einen Zeitraum fallen werden, in dem die Kohlenproduktion ganz bedeutend erhöht werden wird; überhaupt ist es ganz abwegig, das ganze Projekt nach dem gegenwärtigen Stand der Wirtschaftslage zu beurteilen.

Es soll auch nicht, wie vorhin hier gesagt worden ist, sofort mit dem Einschlag von 520 Hektar Wald begonnen werden. Bei der Besprechung mit dem Herrn Landesforstmeister ist festgelegt worden, daß zunächst einmal für Zwecke der Siedlung 300 Hektar zur Verfügung gestellt werden sollen, von denen bei Erledigung des ersten Bauabschnitts etwa 70 bis 100 Hektar im Rahmen eines Globalkontingents eingeschlagen werden sollen. Gewiß ist es schade um jeden Quadratmeter deutschen Waldes, der abgeholzt werden soll, und der Herr Landesforstmeister hat wie eine Löwin um ihr Junges um seinen Wald gekämpft, aber mit jenem fair play, das die Herren Gutachter nicht einmal vom Hörschlagen kennen und von dem sie sich eine Scheibe abschneiden sollen. Er hat nicht unbedingt Ja gesagt, aber eingesehen, daß Menschennot zu lindern Christenpflicht ist, und wenn sein Wald diesem staatspolitischen Interesse weichen muß, dann in Gottes Namen. Ich möchte dem Herrn Landesforstmeister im Namen der Flüchtlinge an dieser Stelle für diese objektive Beurteilung meinen Dank aussprechen.

Aus den Ausführungen des Herrn Landwirtschaftsministers, die er vor kurzem hier zum Raubbau am deutschen Wald gemacht hat, haben Sie gehört, daß dem Lande für dieses Jahr der Einschlag von 14 Millionen Festmetern Holz aufgegeben worden ist, das eingeschürt bzw. ausgeführt werden soll. Für die Durchführung des

gesamten Bauvorhabens Neuheim am Römerweg 1 Oberste Baubehörde ein Quantum von 35 000 Metern errechnet, das der Wortführer der Opponenten das Projekt aus dem Handgelenk verfür hat, um die Kinder zu schrecken. Hier wird manfindlich und bittet um Mitleid und Verständnis diesen Verlust und übersieht dabei die Not und langsame Dahinsiechen von Hunderttausenden solcher unter deutschen Menschen. Sollte es nicht nünftiger sein, wenn man diesen Beständen, beeingehetzt und ausgeführt sind, das entnimmt, was die Unterbringung der Flüchtlinge nötig ist?

Im Gegensatz zu Neuheim am Römerweg 1 Herr Kammelsberger, der Opponent dieses Projekt, „in erster Linie möglichst hohe tingente von Baumaterialien dem Kreisbauamt weisen, damit mögliche Siedlungsprojekte, wie der Bau von Wohnungen und kleineren Siedlungen Gemeindegrund usw. durchgeführt werden können. Wie er das machen will, hat er der Obersten Baubehörde schon ad oculus demonstriert. Auf einem der Wäldchen gehörigen Muna-Gelände will er für Firma Vogler & Co. eine Wäschefabrik mit Wohnungen für etwa 80 Arbeiter erstellen. Inhaber Firma ist nicht etwa der Herr Vogler, sondern Frau, der Kommanditist ist ein Bantrat Gutzfeldt Ruhmannsfelden, das Kapital beträgt 250 000 Mark und ist mit 150 000 Mark eingezahlt. Davon bereits 15 000 Mark für Planung, Architektenhonorar usw. draufgegangen.

Wer nun weiß, daß beim Betrieb einer Wäschefabrik eine Viertelmillion Mark kaum für den Werkbestand ausreicht, muß sich fragen: Wer bezahlt den Aufbau der Fabrik und der vorgesehenen Wohnungen? Die Direktor Kammelsberger hier in menschenfreundlicher Weise erstellen lassen will? Die Materialanforderung hat er bei der Obersten Baubehörde bereits gereicht und will auch wohlwollendste Bereitwilligkeit gefunden haben. Er braucht nicht viel; er braucht 1 1/4 Millionen Mauersteine, 144 Tonnen Zement, 586 Tonnen Kalk, 190 Tonnen Eisen usw. Die Oberste Baubehörde sollte nach meinem Dafürhalten einsehen, daß sie bei Neuheim am Römerweg besser wegkommt als bei solchen Menschen, die nichts Besseres können als möglichst hohe Kontingente anfordern, anstatt selbst zu produzieren. Unter der Parole „Haltet die Hand vom Dieb!“ wird hier von Profitjägern ein Siedlungsprojekt zu Tode gehehzt, das den eigenen Flüchtlingen im Wege steht und daher fallen muß, wenn darüber Hunderttausende der Verzweiflung inantwortet werden.

**(Widersprechende Zusage.)**

Die Einstellung der Mehrheit des Ausschusses zu den Aufgaben wirtschaftlicher Art zeigt deutlich die Tendenz, geschlossene Siedlungen der Flüchtlinge und ihrer Familien unter allen Umständen zu verhindern. Ich lehne es aber ab, ewig Emigranten unter den Flüchtlingen zu sein und lassen uns nicht in die Rolle der früheren Ostarbeiter zwingen, wie das durch die stante Ablehnung jeder Neuaufbaumöglichkeit geschieht. Man soll nicht übersehen, daß gerade die sudetendeutsche Heimindustrie der Tschechoslowakei 52 Prozent der gesamten jährlichen Staatseinnahme gebracht hat und daß 65 Prozent ihrer Produktion Exportproduktion gewesen sind. Welch reiche Einnahme

**(Witom [SPD])**

quelle der Bienenfleiß der Ausgewiesenen dem Lande einmal sein wird, können Sie daraus ersehen, daß aus der bisherigen Produktion, die unter primitivsten Voraussetzungen geschieht, das Land in den letzten neun Monaten bereits einen Deviseneingang von über zehn Millionen Mark hatte, wie der Herr Staatssekretär Jaenicke in der letzten Sitzung des Flüchtlingsausschusses ausgeführt hat.

Auch der Herr Referent ist bei seiner Berichterstattung sowohl im Ausschuß als auch heute hier vor dem hohen Haus seiner bisherigen ablehnenden Haltung gegenüber den Ausgewiesenen und Vertriebenen treu geblieben.

(Sehr richtig!)

Wir wissen, daß ein Teil der bayerischen Bevölkerung zu uns nicht in dem Verhältnis steht, wie Deutsche zu Deutschen stehen sollten, sondern uns als fremdes Volk empfindet, dem gegenüber man keinen Boden, keine wirtschaftliche und politische Machtstellung wie Eindringlingen gegenüber verteidigen muß. Es liegt aber auch auf der Hand, daß eine solche Einstellung es den Ausgewiesenen geradezu unmöglich macht, in ein angenehmes Verhältnis zu den Einheimischen zu kommen, insbesondere dann, wenn man freigebig ist mit Erklärungen über Massenauswanderung, Gastfreundschaft oder gar solchen, daß man mir Neuheim versalzen hätte. Ich erkläre hiermit ausdrücklich, daß ich weder Neuheim am Römerweg noch die Personifizierung der 18 500 Vertriebenen im Kreise Wilshofen bin. Versalzen, wie man sich auszudrücken beliebte, hat man nicht mir etwas, sondern man hat 1 750 000 Heimatlosen die Hoffnung auf eine bessere Zukunft genommen.

(Zurufe von der CDU.)

Die Hoffnungen Tausender aus ihrer Heimat Vertriebener klammern sich jetzt an die Einsicht der Volksvertretung. Sie sind nicht gleichgültig gegenüber dem Schicksal des Landes, das sie aufgenommen hat. Nach den furchtbaren Erfahrungen ihrer Vertreibung haben sie ihre letzten Hoffnungen auf die Demokratie gesetzt. In diesem Bewußtsein sind sie auch zur Wahl gegangen und haben je nach ihrer Weltanschauung, da die Bildung einer eigenen Flüchtlingspartei ja nicht erlaubt war, der Partei ihre Stimme gegeben, von der sie erwarteten, daß sie ihrer Notlage das größte Verständnis entgegenbringt. Nun soll diese Demokratie ihnen aber auch Laten zeigen. Die bisher gemachten Erfahrungen haben ihnen aber nur Enttäuschungen gebracht, weil alle bisherigen Maßnahmen wirtschaftlich unzulänglich, staatspolitisch dilettantisch und menschlich unwürdig waren.

Die endgültige Selbstmachung und Eingliederung in die neue Heimat würde ihnen endlich das Gefühl nehmen, Bettler unter Deutschen zu sein, und rasch politische und soziale Gegensätze zum Ausgleich bringen, da durch den Charakter der Genossenschaftsiedlung einer glücklichen Synthese zwischen Alt- und Neubürgern nichts im Wege steht. Dadurch würde aber auch denen der Wind aus den Segeln genommen, die jetzt versuchen, aus der Verbitterung politisches Kapital zu schlagen.

(Sehr gut!)

Die Heimatlosen wollen selber mit allen Kräften am Wiederaufbau tätig sein. In einer Versammlung am

22. Juni 1947 in Wilshofen ist dieser Aufbaumille sehr deutlich unter Beweis gestellt worden und hat in zwei **E n s c h l i e ß u n g e n** seinen Niederschlag gefunden. Ich bin von der Versammlung beauftragt worden, diese Resolutionen dem Landtag zur Kenntnis zu bringen. Sie lauten:

Entschließung der öffentlichen Versammlung  
am 22. Juni 1947 in Wilshofen:

Die am 22. Juni 1947 in Wilshofen stattgefundene öffentliche Versammlung übermittelt dem Bayerischen Landtag folgende Entschließung:

1. Die Versammlung stellt sich geschlossen hinter den Siedlungsplan Neuheim am Römerweg. Sie ist von seiner Durchführbarkeit überzeugt und bedauert den Beschluß des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Landtags, der Regierung zu empfehlen, Neuheim am Römerweg nicht durchzuführen. Sie erwartet von Regierung und Landtag die Durchführung dieses Siedlungsplans.
2. Die Versammlung protestiert gegen den Versuch, dem Kreistagsbeschluß vom 9. Juli 1946 einen anderen Sinn zu unterschieben, nämlich, die Siedlung Neuheim am Römerweg durch sogenannte Randstiedlungen zu ersetzen. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die eindeutigen Erklärungen des Herrn Landrats in der letzten Kreistagsitzung und das amtliche Protokoll der Kreistagsitzung vom 9. Juli 1946.
3. Gegen die Resolution der Bürgermeister des Kreises schließt sich die Versammlung der Resolution der Flüchtlingsobmänner des Kreises vom 3. Mai 1947 an, die in der Denkschrift über die Flüchtlingsiedlung Neuheim am Römerweg enthalten ist. Die Denkschrift wurde den Mitgliedern des Landtags zugestellt.
4. Die Versammlung verurteilt das Verhalten des CDU-Vorsitzenden, Bankdirektor Rammelsberger, der drei Vierteljahre benötigte, bis ihm die Bedenken kamen, die Anlaß zur Zerstörung des Plans wurden. Sie erklärt, daß hinter den Rammelsbergerschen Ansichten andere Gründe stehen, die ihre Erklärung in dem Aufziehen der Wäscheindustrie Vogler in Lindach bei Wilshofen finden. Wenn bei dem beabsichtigten Bau dieser Fabrikanlagen und 80 Wohnungen keine Materialbedenken bestehen, warum bestehen sie dann bei Neuheim, wo die Materialvoraussetzungen ungleich günstiger sind?  
Um falschen Auslegungen vorzubeugen, erklärt die Versammlung zugleich, daß sie gegen Randstiedlungen keine Einwendungen erhebt, sondern durchaus auch diese für notwendig hält. Sie ist aber überrascht, daß offenbar in Hinsicht auf Materialien seitens der zuständigen Stellen mit zweierlei Maß gemessen wird.
5. Die Versammlung erwartet von der staatlichen Bürokratie entweder Initiativmaßnahmen zur Schaffung von Arbeit und Wohnraum für die Flüchtlinge und sonstige Kriegsgeschädigte, oder diese soll abtreten und Männern Platz machen, deren Lebensinhalt nicht die Erwägung von Bedenken und Kompetenzfragen und die etwaige Feststellung ist, daß wir nichts hätten, die ihre

**Bitom (SPD)**

Aufgabe vielmehr in der Inangabe der Produktion und der Erschließung von Rohmaterialien sehen.

6. Die Versammlung hat mit Erstaunen davon Kenntnis genommen, daß erst durch die Diskussion über Neuheim am Römerweg der Wirtschaftspolitische Ausschuß des Landtags durch Beschluß vom 16. Mai 1947 die Regierung aufforderte „die Initiative zu ergreifen, um die Flüchtlinge sesshaft zu machen und in die gewerbliche Wirtschaft des Landes einzugliedern“. Diese Initiative hatte die Versammlung schon längst erwartet. Sie ist überrascht, daß es dazu erst der Arbeit für den Siedlungsplan Neuheim am Römerweg bedurfte, um einen derartigen Beschluß zu veranlassen.

Die Versammlung erhofft von den Parteien des Landtags eine positive Einstellung zum Siedlungsvorhaben Neuheim am Römerweg und bittet den Landtag zu beschließen, die Regierung zu beauftragen, das Siedlungsvorhaben mit aller möglichen staatlichen Unterstützung durchzuführen.

Sie erlaubt sich, zum Schluß beiliegende Entschließung der Versammlung dem Landtag als Initiativ-Antrag aus dem Volk zu unterbreiten und bittet, die beiliegende Entschließung zum Beschluß des Bayerischen Landtags zu erheben.

Diese Entschließung hat folgenden Wortlaut:

Der Bayerische Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen:

1. Sofort einen Baustoffproduktionsplan aufzustellen;
2. für die Erstellung dieses Plans ein Gremium von Männern aus Wirtschaft und Gewerkschaften zusammenzustellen, die sich verpflichten, ehrenamtlich und ohne bürokratischen Apparat in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ministerien innerhalb von zwei Monaten diesen Produktionsplan aufzustellen. Dieses Gremium soll dabei insbesondere nicht nur auf die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten, sondern auch auf die Erschließung neuer Bedacht nehmen;
3. nach Herstellung dieses Baustoffproduktionsplans ist ein Wohnbauprogramm (Wohnungsplan) aufzustellen.
4. Beide Pläne sind organisch miteinander zu verbinden. Sie sollen das Ziel haben, sowohl den Wiederaufbau zerstörter Baulichkeiten vorzunehmen, wie auch die Sesshaftmachung der Flüchtlinge in allen Variationen. Dabei soll der Ausbau vorhandener wie der Aufbau neuer, einer Friedenswirtschaft dienender Industrie vorgenommen werden.
5. Für beide Pläne ist ein Finanzierungsplan aufzustellen; hierbei soll ein Gesetz über die Leistung von Staatsgarantien Hilfe gewähren.
6. Ausgehend von dem Gesichtspunkt, daß die Besatzungsmächte jetzt wiederholt betont haben, daß die Wiedereingliederung der Produktion in Deutschland vordringlichste Aufgabe ist, wird außerdem die Währungs- bzw. Geldreform, die wir in absehbarer Zeit zu erwarten haben, und die Bauwirtschaft einen wesentlichen Schlüssel

zur Wirtschaftsbelebung darstellen, soll die Staatsregierung und dieses Gremium nach Aufstellung der Pläne die Militärregierung im Sinne der Ausführungen des stellvertretenden Direktors der Militärregierung in Bayern beim Jahrestag der Münchener Exportschau um deren Unterstützung bitten.

Diese Unterstützung soll in folgenden grundsätzlichen Punkten erwoogen werden:

- a) Kohlen- und Eisenproduktion sowie deren Verteilung,
- b) Zementherstellung,
- c) Holzbewirtschaftung.

7. Mit der Bitte um Unterstützung der Militärregierung ist dieser zugleich ein Vorschlag zu unterbreiten, der klar und deutlich der Welt unseren Wiedergutmachungswillen zeigt. Wir empfehlen, daß Regierung, Wirtschaft und Gewerkschaften sich darauf einigen, einen angemessenen Teil der zu erzielenden Mehrproduktion für Wiedergutmachungszwecke zur Verfügung zu stellen, so daß diese Pläne insgesamt zu einem Plan innerer und äußerer Reparation zusammensumwachsen.

8. Ziel dieser gesamten Maßnahmen ist, mit der Währungsreform das Anlaufen der Produktion zu verbinden und jede auch nur irgendwie arbeitsfähige Hand im Lande in Arbeit zu bringen.

9. Diese Entschließung erhält wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung abkürzungs halber den Namen

„Neuheimer Resolution“.

Ich habe diese beiden Resolutionen dem Landtag zu übergeben mit einem Schreiben, welches lautet:

In der heutigen von der SPD — Kreisverein Wilschhofen — einberufenen Flüchtlingsversammlung sind die beiden anliegenden Resolutionen einstimmig angenommen worden. Die Versammlung war die größte politische Veranstaltung, die seit Jahren in Wilschhofen stattgefunden hat, und war von rund 1200 Personen besucht. Infolge der Überfüllung des Versammlungsraums wurden die Referate des Landtagsabgeordneten der SPD, Bitom, und des Kreisfraktionsführers der SPD, Kohlrausch, durch Lautsprecheranlage auf die Straße übertragen, wo etwa 500 Personen den Ausführungen der Genannten zuhörten. Der Landtagsabgeordnete Bitom ist von der Versammlung beauftragt, die einstimmig gefaßten Resolutionen dem Landtag zu unterbreiten.

Dieser Aufgabe möchte ich mich hiermit entledigen.

Sie ersehen aus diesen Resolutionen, daß sich die Heimatlosen sehr gründlich mit ihrem Problem befassen und im Sinne des demokratischen Aufbaus von unten auch Vorschläge zur Lösung ihrer Existenzfrage machen, denen sich die Volksvertretung nicht wird verschließen können.

Auch hier möchte ich eine Zuschrift aus dem Kreis der Heimatlosen bekanntgeben, in der diesen Erwartungen Ausdruck gegeben wird:

Ich habe mit großem Interesse die Äußerungen gelesen, die von Gegnern Ihres Projekts

**(Witom (SPD))**

im Landtagsausschuß, in amtlichen Stellungnahmen und in der Rammelsbergerschen Streifschrift gemacht worden sind und aus denen sich die Absichten, Ziele und Beweggründe der Gegenseite eindeutig und zwingend ergeben.

Wenn dort gefordert wird, daß die Baustoffe nicht Neuheim, sondern jenen Personenkreisen zugeführt werden sollten, deren Interessen sie vertreten, so ist das keine so aufregende Tatsache, weil mit solchen Erscheinungen immer gerechnet werden muß.

Weit bedenkllicher ist es jedoch, wenn Amtspersonen wie Oberbaurat Schmidt als Leiter der Abteilung VI des Arbeitsministeriums in amtlichen Erlassen Flüchtlingsbaugenossenschaften als „unerwünscht“ bezeichnen und kurzerhand verbieten.

Unrühlig wird es, wenn Flüchtlingen anheim gestellt wird, sich bestehenden Baugenossenschaften anzuschließen, wodurch jene an das letzte Ende einer endlosen Warteschlange dirigiert würden. So kann man das Problem nicht lösen.

Ganz unerträglich wird die Lage jedoch, wenn man lesen muß, es dürften keine „Sprachinseln“, kein „Staat im Staate“ entstehen und man dürfe keine „Minoritäten“ aufkommen lassen, es ginge daher nicht an, geschlossene Flüchtlingsniedlungen zu dulden, man müsse die Flüchtlinge überallhin verteilen. Die Absicht, die Flüchtlinge nach Kräften zu majorisieren, ist begreiflich. Hier kommt eine Gesinnung zum Ausdruck, welche die Flüchtlinge nicht als vom Unglück geschlagene Deutsche, sondern als „Fremdes Volk“ wertet, demgegenüber man seine Machtstellung, seine wirtschaftliche Position und seine vermeintlich höhere Kultur verteidigen müsse. Offensichtlich stehen diese Kreise auf dem Standpunkt, daß es einer solchen Politik nütze, wenn man Grund und Boden sowie Baustoffe den Flüchtlingen vorenthält und dafür den Einheimischen zum Ausbau des „Bestehenden“ und zur Errichtung von Landsiedlungen zuweist, die Flüchtlinge zerstreut ansiedelt und in „bestehende“ Betriebe eingliedert und sie damit von selbständigen Entfaltungsmöglichkeiten ausschließt. Hierher gehören auch die Äußerungen, daß neue Betriebe nicht zugelassen werden dürfen, solange nicht die bayerischen Betriebe voll ausgelastet sind. Dieser Vorgang des bewußten An-die-Wand-Drückens der Flüchtlinge wird in euphemistischer Weise als „Einschmelzung“ der Flüchtlinge in den bayerischen Volkskörper bezeichnet. In Wahrheit möchte man uns am liebsten irgendwohin abschieben. Wie lächerlich wirken die frömmelnden Reden und Sammlungen für die Flüchtlinge! Wir wollen keine Spenden, man soll uns Wohn- und Arbeitsstätten geben und nicht unsere Selbsthilfeversuche planmäßig zerschlagen.

Von einer „Einschmelzung“ kann keine Rede sein, solange man uns als eine „Minorität“ minderem Rechts behandelt. Diese Auffassung, die uns tausendfältig entgegentritt, macht es uns unmöglich, mit deren Vertretern in ein erträgliches Verhältnis zu kommen. In solcher Um-

gebung kann nur Reibung und Haß entstehen.

Gerade darum halte ich die Lösung Neuheim für eine vorbildliche, weil hier die „Fremden“ von dem schwer erträglichen Druck der Umwelt befreit sind als vollberechtigte Neubürger fühlen können, andererseits aber ständig mit Einheimischen zusammenleben würden, welche jene Vorurteile und Abneigungen nicht teilen, so daß bei einer solchen wirklich fruchtbaren Zusammenarbeit, bei der niemand den anderen wegen diffiziler rassistischer Unterschiede unterdrücken will, tatsächlich eine Synthese erfolgen würde, ein glückliches und friedfertiges Freinewachsen. Eine „Minorität“ von rund ein- und einviertel Millionen wäre für ein so kleines Land wie Bayern wahrhaft unverdaulich. Ich denke dabei nur an den Bündstoff, den Sie in Ihrer Zusammenkunft gegnerischer Äußerungen, in denen sich so viel verrät, besitzen und die ein Agitationsmaterial erster Ordnung darstellt.

Nach meiner Einschätzung der Dinge erwarte ich vom Landtag nicht eine sachliche, sondern eine politische Entscheidung. Schon im Landtagsausschuß haben Parteien gegen Parteien gestanden, wie Sie mir sagten. Es würde mich freuen, wenn sich dieses Bild im Landtag nicht wiederholt und mehr menschliche und soziale Gesichtspunkte durchdringen würden. Jedenfalls ist es gewiß, daß Millionen von Flüchtlingen innerhalb und außerhalb Bayerns mit Spannung auf die Entscheidung des Landtags blicken und sich genau merken werden, welche Parteien für und welche gegen Neuheim gestimmt haben.

(Zurufe: Uha! Drohbrief!)

— Das steht in dem Brief eines Flüchtlings. Ob Sie das glauben oder nicht. Der Brief ist mir zugestellt worden mit der Bitte, davon Mitteilung zu machen.

(Große Unruhe.)

Wollen Sie den Flüchtlingen das Wort lassen oder nicht?

(Zuruf: Zu Gehreden auf keinen Fall! — Erneute Unruhe.)

**I. Vizepräsident:** Ich bitte um Ruhe!

**Witom (SPD):** Es heißt dann weiter:

Ich nahm mit Interesse zur Kenntnis, daß Ihre Genossenschaft den unbedingten Willen zur politischen Neutralität hat und nach wie vor bereit ist, Vertretern jeder Partei einen entsprechenden Einfluß einzuräumen. Das ist eine selbstverständliche, aber auch bedeutungsvolle Tatsache. In diesem Zusammenhang hat mich Ihr Schreiben an den Vorsitzenden der CDU, Herrn Dr. Müller, besonders beeindruckt. Es würde mich freuen, gelegentlich zu erfahren, wie Herr Dr. Müller auf dieses Schreiben reagiert hat.

Mit der größten Anteilnahme an dem Ausgang Ihres Kampfes zeichne ich mit vorzüglicher Hochachtung

Hans Ekoda.

Zum Schluß, meine Frauen und Männer des Bayerischen Landtags, möchte ich Sie noch auf einen Artikel verweisen, der in Nr. 12 der „Bayerischen Rundschau“

(Bitom (SPD))

abgedruckt ist unter der Überschrift „Utopie oder Ausweg?“ und von Bodo Dhlj stammt. Ich wünschte nur, Sie würden alle diesen Artikel gelesen haben. Ich kann mich seiner Argumentation nur anschließen. Er ist von der ersten bis zur letzten Zeile dem Projekt Neuheim am Römerweg fast auf den Leib geschrieben.

Die Planung eines solchen Städtebaus mag angesichts unserer gegenwärtigen Not unrealistisch erscheinen; indes mehren sich bereits jetzt unter den Flüchtlingen, die keine zufriedenstellende Heimstätte und keine lohnende Beschäftigung haben, die Stimmen, welche ähnliche, wenn auch weniger weitgreifende Konzeptionen anregen. Schon darum sollte man ein solches Projekt nicht lediglich mit einem Lächeln übergehen; denn es mag die Zeit kommen, da wir froh sein werden, Tausenden und später an verschiedenen Siedlungsplätzen vielleicht Hunderttausenden auf solche Weise Arbeit, Brot und Lebensmöglichkeit zu gewähren.

Meine Frauen und Männer des Bayerischen Landtags, ich kann mich diesen Schlussworten nur anschließen und ich bitte Sie: Lehnen Sie die beiden Eingaben des Ausschusses für Aufgaben wirtschaftlicher Art bzw. des Bauernverbandes und des Kreisvorsitzenden der CDU Rammelsberger ab, stimmen Sie dem Projekt Neuheim am Römerweg zu. Ich habe Ihnen folgenden Antrag zu unterbreiten und bitte Sie, ihm zuzustimmen:

Der Landtag wolle beschließen:

Als Anfang und Beispiel einer gewerblichen Siedlungsbauvorhaben der entwurzelten Alt- und Neubürger wird der Durchführung des Siedlungsprojekts Neuheim am Römerweg zugestimmt. Die Staatsregierung wird ersucht, unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zu treffen und dem Unternehmen volle Unterstützung zu gewähren.

München, den 15. Juli 1947

Bitom und Fraktion, Alfred Moske,  
Kurt Weidner und Dr. Linnert und Fraktion.

Ich bitte Sie, in der Frage der Siedlungsbauvorhaben und An siedlung nunmehr das letzte Wort zu sprechen, damit die Heimatlosen draußen im Lande endlich einmal die Gewißheit haben: Jetzt geschieht ein Anfang, jetzt werden wir zu einem Heim, zu Beschäftigung und Arbeit kommen.

(Beifall bei der SPD.)

**I. Vizepräsident:** Bevor ich dem nächsten Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort erteile, gebe ich dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort zu einer Erklärung der Staatsregierung.

Ministerpräsident Dr. **Chard:** Verehrte Frauen und Männer! Es ist notwendig, das Staatsministerium für politische Befreiung neu zu besetzen. Ich beabsichtige, dies in folgender Weise zu tun: Als Staatsminister soll berufen werden der bisherige Staatssekretär im Staatsministerium der Justiz, Herr Dr. Ludwig Hagenauer, und als Staatssekretär der bisherige Präsident des Landgerichts Nürnberg, Herr Camille Sachs. Ich erbitte dazu die Zustimmung des Landtags gemäß Art. 45 der Verfassung.

Nach Art. 56 der Verfassung sind die Kabinettsmitglieder vor Eintritt ihres Amtes zu beeidigen. Herr Staatsminister Dr. Hagenauer ist als Staatssekretär und Mitglied des Ministerrats bereits beeidigt. Ich nehme an, daß es genügt, auf diesen geleisteten Eid Bezug zu nehmen. Dagegen würde ich bitten, wenn die Zustimmung des Hauses vorliegt, Herrn Sachs entsprechend zu beeidigen. Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Zustimmung des Landtags herbeizuführen.

**I. Vizepräsident:** Männer und Frauen des Bayerischen Landtags! Wer mit der Berufung der Herren, die der Herr Ministerpräsident soeben dem Hause bekanntgegeben hat, einverstanden ist, möge sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erste war die überwältigende Mehrheit. Ich stelle demnach fest, daß Herr Staatssekretär Dr. Hagenauer zum Staatsminister berufen ist und Herr Landgerichtspräsident Sachs zum Staatssekretär.

Wir schreiten zur Vereidigung. Herr Staatssekretär, ich bitte Sie, die rechte Hand zu erheben und mir nachzusprechen:

Ich schwöre Treue der Verfassung des Freistaates Bayern, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten, so wahr mir Gott helfe.

(Staatssekretär Sachs spricht die Eidesformel nach.)

Ich danke Ihnen und bitte Platz zu nehmen.

Herr Staatsminister! Herr Staatssekretär! Im Namen des gesamten Landtags gratuliere ich Ihnen zu Ihrer Wahl. Ich wünsche, daß Sie Ihr Amt nach Recht und Gerechtigkeit, mit Menschlichkeit und Menschenliebe ausüben. Sie haben ein schweres Amt übernommen. Namentlich in der heutigen Zeit richten sich auf Sie beide die Blicke des ganzen bayerischen Volkes. Möge Ihnen das Amt nicht eine Last sein, sondern mögen Sie es ausfüllen zum Besten des gesamten bayerischen Volkes.

(Beifall.)

Wir setzen unsere Beratung fort. Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten **K r e m p l**.

**Krempl (CSU):** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir, die wir anderer Auffassung sind als Herr Kollege Bitom, mit dem ich sonst sehr freundschaftlich und gut auskomme, ebenso lange unsere Gründe klarlegen wollten, um zu beweisen, daß das, was Herr Kollege Bitom vorgeschlagen hat, ein Ding der Unmöglichkeit ist, dann würden wir morgen um diese Zeit auch noch sprechen. Es geht nicht an, daß man in der jungen Demokratie Dinge aufzieht, von denen man im vorhinein weiß, daß sie unmöglich sind. Mir hat erst gestern einer Ihrer Herren gesagt, man sei sich gar nicht klar, ob das wirklich durchgeführt wird, und vor einigen Wochen hat mir gleichfalls einer Ihrer Herren gesagt, selbst wenn beschlossen werde, daß die Stadt Neuheim am Römerweg gebaut wird, glaube er nicht, daß sie gebaut werden kann.

So werden Dinge vor das Parlament gebracht, von denen man im vorhinein weiß, daß sie unmöglich sind. Aber Herr **K o h l r a u s c h** ist eben ein tüchtiger Geschäftsmann, ein Berliner mit einer sehr guten Rednergabe, und er hat im Wirtschaftsausschuß ausdrücklich erklärt: Hic Rhodus, hic salta! — Hier, CSU, kannst du zeigen, ob du Flüchtlingsfreund bist oder

(Krempel [CSU])

nicht. Wenn du nicht für dieses Projekt stimmst, CSU, dann werden wir in die Versammlungen hinausgehen und gegen die CSU trommeln.

(Zuruf: Warum nicht?)

Das hat Herr Koblrausch gesagt. Geben Sie doch zu, meine Damen und Herrn, daß das Volk in dem heutigen Stadium der Demokratie angeekelt wird, wenn derartige wirtschaftliche Probleme parteipolitisch und parteiagitorisch aufgezo-gen werden.

(Sehr gut!)

Ist es etwa gar so, daß man hier ein Problem zur Diskussion stellt, von dem man jetzt schon weiß, daß es nicht bejaht werden kann, um nach der Verneinung durch die eine oder andere Partei dann auf diese zu schießen? Ein verantwortungsbewußter Abgeordneter läßt sich durch eine Revolverpolitik, wie sie in den Ausführungen des Herrn Kollegen Witom zum Ausdruck gekommen ist — ich kann sie nicht anders bezeichnen und bitte, das Wort zu entschuldigen — nicht beirren.

Ich darf in diesem Zusammenhang auf einen anderen Fall hinweisen. Das Ribbachprojekt wurde auch von der SPD vorgeschoben.

(Dho-Kluse.)

Wir haben das Ribbachprojekt leidenschaftslos und unpolitisch behandelt. Im Hinblick auf die Schädigung der Schönheit von Lenggries und Bad Tölz sind viele von uns bezüglich der Ausführung des Ribbachprojekts wankend geworden, aber letzten Endes hat die gesamte Partei die wirtschaftlichen Nöte des ganzen bayerischen Volkes in den Vordergrund gestellt, weil es sich hier um die Gewinnung von Goldwerten für die Elektrizitätsversorgung handelte. Da hat die CSU diesem Projekt ohne irgendwelche parteipolitische Bindung zugestimmt. Hier aber kann die CSU und kann jeder verantwortungsvolle Politiker unmöglich zustimmen. Die Erbauung der Stadt Neuheim am Römerweg ist unmöglich, weil eben die W a u s t o f f e unmöglich zu beschaffen sind. Die Erbauung wäre zur Zeit auch geradezu unmenschlich. Wenn ich sage: unmenschlich, so deshalb, weil ich in einer bombenzerstörten Stadt leben muß und weil ich auch in München diese Trümmer sehe und ebenso Würzburg, Schaffenburg und Mannheim kenne, weil ich weiß, wie diese Trümmer nach Aufbau schreien und wie sehnlich die Menschen, die in diesen Trümmern zum Teil schon zwei Jahre wohnen, hoffen, endlich Baustoffe zu bekommen. Wir alle würden uns freuen, wenn wir für die Flüchtlinge eine Großstadt errichten könnten,

(Sehr richtig!)

aber es geht eben mit dem besten Willen nicht. Im Neuheimer Gelände gibt es noch keine Straßen, keine Kanäle, keine Wasserleitung, im Neuheimer Gelände stehen noch keine Fundamente. Geben Sie mir für S c h w a n d o r f ein Stückel der Baustoffe, die man für Neuheim am Römerweg braucht, und ich baue Ihnen in Schwandorf 500 Wohnhäuser auf den Fundamenten, die schon dastehen, an bestehenden Straßen, ich baue Ihnen jedes Haus noch einmal so groß und werde dann 300 Flüchtlingsfamilien unterbringen. Dazu kommt, daß die Braunkohledirektion W a d e r s d o r f nach 1000 Arbeitern sucht. In Schwandorf gibt es keine Bauarbeiter mehr, weil alles nach Wadersdorf geht.

Herr Kollege Piehler schreit nach Hausbrandversorgung, und auch Herr Bürgermeister Wimmer kümmert sich ständig darum. Was hilft es, wenn wir da mit Neuheim am Römerweg anfangen und unsere Leute und Flüchtlinge auf den Trümmerhaufen erfrieren.

(Sehr richtig!)

Sie sagen, das hat nichts damit zu tun. Ich muß das ebenso agitatorisch herauskehren, wie das Herr Kollege Witom getan hat.

(Rachen bei der SPD.)

Aber ich sage Ihnen die Wahrheit, die nackte Wahrheit, und das tut weh. Ich muß die Gegensätze herausstellen, um zu beweisen, daß das andere ein glatter Unsinn ist. In Schwandorf z. B. könnten insgesamt 500 Häuser doppelt aufgebaut werden. Wie ich Ihnen schon gesagt habe, haben wir Industrie, die nach Arbeitern sucht. In Schwandorf braucht keine Industrie neu gebaut werden. Auch die Oberste Baubehörde — das möchte ich Ihnen ebenfalls sagen — soll uns mit Baustoffen an die Hand gehen für eine Neusiedlung bei Dachelhofen. Wir müssen dort ungefähr 30 oder 40 Häuser bauen, damit wir auf die Dauer dort Stickstoff erzeugen können; die Maschinen gehen nicht von selbst ohne Arbeiter. Außerdem bauen wir in Schwandorf 50 bis 60 Flüchtlingshäuser. Überall fehlen die Arbeiter, in Schwarzenfeld, Buchtal, Bonholz, Mahrhütte. Und wenn Sie nachschau halten in ganz Bayern: In den Spinnereien in Bamberg, in Hof, in Erlangen ruhen die Spindeln, weil keine Arbeiter dort sind und weil die Arbeiterinnen fehlen. Baumwolle gäbe es genug, aber es gibt keine Arbeitskräfte.

Die Flüchtlinge müssen sich um Gotteswillen doch auch in die Wirtschaft einbauen; da hilft ihnen alles nichts. Wir können nur auf diese Weise die Flüchtlinge einbürgern, daß wir dort, wo Industrien sind, den Flüchtlingen neue gemütliche Heime schaffen — nicht ein „Neuheim“. Wir geben ihnen Wohnung und Arbeit und zugleich Zeit, und das muß die Aufgabe eines jeden staatsbewußten Menschen in Bayern heute sein. Man hat, Bauern sind es gewesen, mir gesagt: Wir haben keine Hufnägel, es gibt keine Nägel, Nägel bekommen wir, aber um 12 Mark das Kilo. Sehen Sie, da hat ein Herr von den Sozialdemokraten mir gesagt: Selbst wenn der Vorschlag Neuheim durchginge, könnten wir Neuheim nicht bauen.

(Zuruf: Wer war das?)

Nomina sunt odiosa. Hic Rhodus, hic salta! Wenn der Herr Koblrausch gesagt hätte: Springen Sie in die Abortgrube hinein, dann springe ich noch lange nicht hinein. Hic Rhodus, hic salta! Wenn es möglich ist, daß wir siedeln, dann suchen wir unsere ganzen Kräfte zusammen, wo bereits Arbeitsgelegenheit ist, und das muß das Allerwichtigste sein. Wer für die zu erbauende Stadt Neuheim am Römerweg stimmt, stimmt gegen die Menschlichkeit, die aus den Trümmern der bombenzerstörten Städte schreit. Und das ist wahr: Um die bombenzerstörten Städte kümmert sich niemand groß. Die b o m b e n g e s c h ä d i g t e n S t ä d t e müssen sich unausgesetzt in einem fort selbst rühren. Es ist bedauerlich und ich sage das ganz offen: Kleine Städte wie Schwandorf, wie Neumarkt sind viel schneller aufgebaut als Großstädte, und dorthin sollten in erster Linie die Baustoffe kommen, weil man dort am allerersten die Flüchtlinge unterbringt.

(Krempf (CSU))

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe das, was ich sagen wollte, so ziemlich gesagt. Ich möchte bloß noch einmal den Satz anschneiden: Hic Rhodus, hic salta!

(Heiterkeit.)

So zieht man aber keine solchen wirtschaftlichen Probleme auf. Herr Weidner, Sie sind jetzt selbst in der Baustoffstelle, Sie werden selbst zugeben, daß man in einer solchen Zeit, wo alles fehlt, nicht so hingehet und sagt: Hic Rhodus, hic salta!

(Heiterkeit.)

Ich sage das deshalb, weil der Herr Kohlrausch das so deutlich wiederholt hat und weil der Herr Witom heute der direkte Dolmetsch des Herrn Kohlrausch aus Berlin — oder weiß Gott, wo er sonst herkommt — gewesen ist. Wir Bayern bringen es niemals fertig, so schneidig in die Kurve zu fahren. Aber eins möchte ich noch sagen: Wer uns wegen der Ablehnung von Neuheim am Römerweg politisch angreift und uns vorwirft, wir hätten für Flüchtlinge keinen Sinn, der ist in meinen Augen — nehmen Sie es nicht übel! — ein Demagoge.

(Beifall bei der CSU.)

**I. Vizepräsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Weidner.

**Weidner (FDP):** Meine Damen und Herren! Darf ich an das Wort meines verehrten Vorredners anschließen: „der ist in meinen Augen ein Demagoge!“ Herr Krempf, als es zur Wahl ging am 1. Dezember 1946, habe ich viele Plakate gelesen: „Gebt den Flüchtlingen eine neue Heimat!“ Es waren auch Plakate von der CSU darunter, und ich kann Ihnen sagen: Diese Plakate waren sehr eindrucksvoll.

(Unruhe.)

Jetzt handelt es sich aber darum, den Wechsel einzulösen.

(Unruhe.)

Wir haben eine Gelegenheit dazu, Herr Kollege Krempf!

(Unruhe bei der CSU.)

**I. Vizepräsident:** Ich bitte, die Ruhe zu wahren.

**Weidner (FDP):** Ich habe Sie nicht verstanden. Ich kenne Herrn Kohlrausch kaum, Sie können mich mit ihm in keiner Weise in Verbindung bringen. Es handelt sich hier um zwei Dinge, die wir auseinanderhalten sollen: Auf der einen Seite handelt es sich um eine wirtschaftliche Frage, die uns alle gleich interessiert. Darüber hinaus ist diese ganze Angelegenheit aber auch eine eminent politische Frage. Das wollen wir nicht unterschätzen, lieber Herr Kollege Krempf, und wenn wir zu den wirtschaftlichen Fragen selbst Stellung nehmen, dann wollen wir doch einmal ganz offen zugeben, daß es den Flüchtlingen herzlich schlecht geht und daß wir für die Flüchtlinge bisher herzlich wenig getan haben.

Meine Damen und Herren! Allein vier Monate haben die Flüchtlinge warten müssen auf die Ausführungsbestimmungen zum Flüchtlingsgesetz, vier volle Monate, und die Flüchtlinge haben jeden Tag darauf gewartet, daß sich mit den Ausführungsbestimmungen zum Flüchtlingsgesetz nun ein Silberstreifen am Hori-

zont zeigen werde. Und wenn Sie wissen, wie die Flüchtlinge im Bayerischen Wald oder sonstwo leben, unter den furchtbarsten Verhältnissen, Flüchtlinge, die oft aus den intellektuellen Kreisen stammen, die keine Zukunftshoffnung haben, dann werden Sie glauben, wie der Herr Kollege Witom vorhin gesagt hat, daß in dem vorliegenden Fall aller Augen auf die Entscheidung des Landtags gerichtet sind.

Vorhin kam ein Kamerad zu mir und hat mir berichtet: Ja, so wie die Verhältnisse in Neuheim liegen, so liegen sie ja ähnlich in Fordorf. Da ist alles geplant, da ist alles fertig, der Landrat hat sich bereit erklärt, den Vorsitz im Aufsichtsrat zu übernehmen. Jetzt auf einmal kommt die Geschichte aber nicht weiter, angeblich weil die CSU gegen das Projekt ist. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen nochmals: Man kann nicht alles von der wirtschaftlichen Seite betrachten. Sie glauben doch wohl, daß ich die wirtschaftliche Seite auf dem Baustoffsektor vollkommen übersehe, und ich kann Ihnen sagen: So wie wir gewohnt sind, mit normalen Baustoffen in München zu bauen, so ist das hier nicht zu verwirklichen. Aber geben wir doch den Leuten die Möglichkeit, ihre eigene Initiative zu entfalten!

(Unruhe und Zurufe.)

Ich will ja nichts anderes, als daß die Initiative der Flüchtlinge sich entwickeln kann. Nehmen wir ihnen doch nicht die Hoffnung! Die Selbsthilfe, die Initiative darf nicht erstickt werden.

Meine Damen und Herren! Das Einzige, was die Flüchtlinge dem Land Bayern mitgebracht haben — Herr Kollege Dr. Schlögl, das ist so! —, ist die positive Arbeitskraft und der positive Arbeitswille. Und Sie können sich darauf verlassen: Besonders die Sudetendeutschen — es ist das vorhin schon erwähnt worden — sind mit ihrer Heimarbeit durchaus in der Lage, zu Exportindustrien einen positiven Beitrag zu leisten. Diese Arbeitskraft als solche muß aber auch psychologisch gewertet werden. Es geht nicht an, daß die Selbsthilfeabsichten und die eigene Initiative der Flüchtlinge erstickt werden.

Meine Damen und Herren! Vom Baustoffsektor aus ist die Geschichte gewiß abzulehnen. Wir müssen den Flüchtlingen eben andere Wege weisen, und da ist es doch möglich, dieses Projekt zu entwickeln. Ich habe mir sagen lassen, daß letzten Endes der Engpaß bei dieser Siedelung die Dachsteinfrage ist, die allerdings bei primitiver Bauweise das einzige Problem wäre. Da müssen wir eben einmal andere Bauvorhaben zurückstellen und die Dachsteine zur Verfügung stellen. Wir wollen nicht auf die Nazis anspielen, aber sie haben einmal etwas sehr Wichtiges gesagt: Im Mittelpunkt der Dinge steht der Mensch! Und hier steht der Mensch im Mittelpunkt der Dinge.

(Zurufe.)

Meine Damen und Herren! Die politische Frage: Sie wissen ja, meine Partei ist sehr feinfühlig auf diesem Gebiet. Es sind immerhin zwei Millionen Menschen. Diese Flüchtlinge sind keine Kommunisten, das kann ich Ihnen sagen. Denn sie haben am eigenen Leibe zum größten Teil drüben im Sudetenland, in Jugoslawien und auch in Ostdeutschland kennengelernt, wie gewisse Mächte walteten. Sie sind hierher gekommen mit einem positiven Willen auch zur politischen Mitarbeit. Sie lehnen bisher jede Radikalisierung ab. Ich habe schon im Ausschuß erklärt: Mein erstes Motiv, mich der Po-

(Weidner [FDP])

litik zur Verfügung zu stellen, war das, hier für die Flüchtlinge zu wirken. Ich sehe eine teilweise radikale Entwicklung auf der Flüchtlingssebene voraus und ich will ihr entgegenwirken. Und deshalb stehe ich, meine Herren Kollegen, heute vor Ihnen. Sonst wäre ich als Kaufmann nicht zu Ihnen gekommen. Sie können sich darauf verlassen: Wenn wir nicht gewisse Konzessionen gegen uns selbst machen, ich meine Sie, meine Herren von der CSU, dann werden wir diese politische Entwicklung wahrscheinlich in einem unerwünschten Umfang fördern.

(Zuruf: Wenn wir heizen!)

Das sind Gesichtspunkte, die vielleicht von Bedeutung sind, von größerer Bedeutung wohl als das Objekt der ersten 50 000 Dachsteine. Ich will nicht mehr viel dazu sagen, ich habe dieses Problem von meinem Gesichtspunkt aus dargestellt und ich bitte Sie auch im Namen meiner Fraktion, die Eingabe des Bauernverbandes abzulehnen und für das Projekt zu stimmen.

(Beifall bei der FDP.)

**I. Vizepräsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Wilhelm.

**Wilhelm (SPD):** Meine Damen und Herren! Wir haben in Deutschland wohl nur zwei Probleme vordringlich zu behandeln, die von außerordentlicher Wichtigkeit sind: Das ist in erster Linie das Problem der Entnazifizierung und das Problem der Flüchtlinge.

(Zuruf: Und die Ernährung?)

In der Frage der Flüchtlinge liegt zur Zeit ein positives Problem.

(Unruhe.)

**I. Vizepräsident:** Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe!

**Wilhelm (SPD):** Es ist ja sehr bezeichnend für einen Teil der Mitglieder dieses hohen Hauses, daß sie nicht einmal die Ausführungen eines Redners, der erst beginnt, anzuhören bereit sind. Ich kenne das Problem. Gar mancher würde besser tun, sich dieses Problem erst einmal näher zu betrachten, ehe er dazu ein Urteil abgibt.

Das Flüchtlingsproblem ist nun gerade in Neuheim am Römerweg in einer Weise in Angriff genommen worden, daß die Möglichkeit der Unterbringung der Flüchtlinge tatsächlich besteht. Ich mache Sie darauf aufmerksam: Sie mögen entscheiden, wie Sie wollen: Nicht allein die Flüchtlinge im Kreis Wilshofen sehen heute auf den Bayerischen Landtag, sondern auch die Flüchtlinge von Bayern, ja sogar darüber hinaus. Die Flüchtlinge werden von der Art und Weise, wie dieses Problem im Bayerischen Landtag behandelt wird, auch zweifellos einen Vorgesmack bekommen, was sie in der Zukunft noch erwartet. Die Bedeutung des Projekts Neuheim am Römerweg wird vielleicht von manchen Kreisen unterschätzt. Es ist keine niederbayerische, es ist eine bayerische Angelegenheit, es ist eine Angelegenheit der Flüchtlinge schlechthin. Und

daß diese bis heute ganz besonders vermöhnt worden sind, das vermag doch wirklich im Ernst niemand zu behaupten.

(Sehr richtig!)

Was wir heute als Bayerischer Landtag tun können, ist, Hoffnung zu erwecken und nicht Hoffnungslosigkeit.

(Zurufe.)

Es ist bedauerlich, wenn man diese Frage in das politische Gebiet hereinzieht. Hier werde ich den Beweis dafür antreten, daß das nicht geschehen ist seitens der Sozialdemokratischen Partei oder irgendeiner anderen Partei, sondern seitens des Herrn Rammelsberger selbst. Er hat im Kreistag in Wilshofen einen Antrag eingebracht, unterschrieben von 25 Mitgliedern der CSU, worin nicht mehr und nicht weniger gefordert wird, als daß der Landrat zurücktritt, und zwar aus zwei Gründen: Weil er das Vertrauen der Wähler in der Angelegenheit Fahrbereitschaft und in der Angelegenheit Neuheim am Römerweg verloren habe. Wer hat also hier die Geschichte politisch aufgezo-gen?

Objektiv liegt es so, daß das ganze Projekt seit dem 9. Juli 1946 bekannt ist. Der Kreistag Wilshofen hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt, die SPD hat einen Antrag eingebracht, der von der CSU mit unterstützt worden ist, daß außer den Randsiedelungen auch dieses Projekt Neuheim am Römerweg unterstützt werden soll. Herr Kohlrausch, der hier in Verbindung damit schon einmal apostrophiert worden ist in einer Art und Weise, die ich nicht gutheißen kann, hat alle gesetzlichen Möglichkeiten ausgeschöpft. Er hat sich mit der Regierung selbst in Verbindung gesetzt, er hat um das Gelände. Seit dem 9. Juli 1946 ist das Projekt bekannt. Bis zum 1. März 1947 hat auch Herr Rammelsberger dieses Projekt unterstützt. Als Bankfachmann hat er sehr lange gebraucht, vom Juni 1946 bis zum März 1947, bis er entdeckt hat, daß das Projekt ja gar nicht durchführbar sei. Für einen Bankbeamten oder Bankfachmann scheint mir das eine reichlich lange Zeit zu sein. Das Projekt wurde dann anschließend in aller Form in die politische Kampfarena gezerrt. Anfangs war sich alles ohne Parteunterschied darüber einig, daß das Projekt entstehen soll, durch Selbsthilfe der Flüchtlinge usw. Möglicherweise hat man ein neues Problem entdeckt. Ich will heute nicht den vielleicht subjektiven Gründen nachspüren, weshalb man gegen das Projekt Neuheim am Römerweg war, aber zweifellos liegt der Verdacht sehr nahe, daß man in eigener Sache die Interessen von 18 000 Flüchtlingen auf das zweite Gleise abzuschieben versucht. Heute wird erklärt, es sei eine Utopie. Eine Utopie ist, was gegen das Projekt ins Feld geführt wird. Entweder es besteht überhaupt kein Interesse für die Flüchtlinge, aber welches Interesse besteht dann? Oder: Warum hat man dann nicht versucht, die Randsiedelungen durchzuführen? Von allen maßgebenden Bürgermeistern wurde die Randsiedelung abgelehnt. Aber man hat sich mit diesem Problem überhaupt nicht beschäftigt.

Wie liegen nun bevölkerungspolitisch die Dinge? Der Kreis Wilshofen hat 66 000 Einwohner, davon sind 28 000 Flüchtlinge, also rund 30 Prozent. Von der Gesamtbevölkerung sind in Arbeit 24 644 Personen, nichtarbeitend 16 963 Personen. Nach der Feststellung des Arbeitsamts können in der Landwirtschaft 223 Personen und im Handwerk 113 Personen untergebracht werden. Das ist die Möglichkeit, die zur Zeit für die

(Wilhelm [SPD])

18 000 Flüchtlinge besteht, und Sie werden doch nicht behaupten wollen, daß bei einer solchen Möglichkeit des Arbeitseinsatzes den gesamten Flüchtlingen überhaupt die Hoffnung gegeben werden kann, daß für sie auch wieder andere Zeiten eintreten. Die Flüchtlinge können also weder wohnungs- noch arbeitsmäßig untergebracht werden.

Bei den **Randsiedlungen** handelt es sich auch darum, daß dort alles Kulturland ist, das nicht jederzeit so ohne weiteres für Siedlungszwecke hergenommen werden kann. Die Flüchtlinge sind also gerade in diesem Kreis in einer hoffnungslosen Lage, und um diese Lage zu bessern, wurde seinerzeit das Projekt Neuheim am Römerweg erstellt, errechnet, den Regierungsstellen vorgebracht und anfänglich auch unterstützt, und erst als man von Seiten des Herrn Kammelsberger querschießen begann, erst von dem Zeitpunkt ab ist festgestellt worden, daß ein Teil der Menschen aus sehr durchsichtigen Gründen die Siedlung nicht in Erwägung ziehen will. Die finanziellen Auswirkungen für eine vierköpfige Familie sind so: Sie erhält 78 Mark an Unterstützungen. Bei den heutigen Flüchtlingsstand ist ein Gesamtaufwand von 350 000 Mark monatlich zu leisten, im Jahr bedeutet das 4 212 000 Mark. Das ist eine Tatsache, und wissen Sie, was das bedeutet? Es bedeutet den sozialen Notstand der Flüchtlinge in Permanenz, weil auf anderem Wege eine großzügige Regelung nicht erfolgen kann.

Die Ablehnungsbegründung ist außerdem noch äußerst dürftig. Erstens einmal ist bei dem Projekt nach jeder Richtung hin alles untersucht worden, was notwendig ist, die Höhenlage, der Neigungswinkel des Geländes, außerdem auch der Umstand, daß 80 Prozent des Baumaterials ja an Ort und Stelle vorhanden sind, daß bei der Bauweise, die dort angewendet wird, die Verwendung des gesamten Materials, das an Ort und Stelle ist, ermöglicht wird, ja, daß sogar die Möglichkeit besteht, für landwirtschaftliche Zwecke eventuell Baumaterial zur Verfügung zu stellen. Es sind Steinbrüche vorhanden, Kalköfen, Schotter- und Kiesvorkommen, Töpferton, an Kohle das Vorkommen von Schwanenfischen usw. Die 20 Prozent, die restlicher Bedarf sind, sind von Herrn Staatssekretär Fischer im Anfang nach Genehmigung durch den Ministerrat zugesagt worden. Ich kann nicht verstehen, wie man heute sich einer solchen Zusage nicht mehr erinnern will oder sie zurückzieht. Was nun das **Klima** in Zusammenhang mit den 300 Hektar **Wald** betrifft, die für den Zweck in Frage kommen, so muß einmal festgestellt werden, daß das Wort **Verstepfung** eine gewaltige Übertreibung ist. Der Holz einschlag im Bayerischen Wald beträgt 70 000 Hektar und nach dem heute feststehenden Gesichtspunkt bildet immerhin der Bayerische Wald die **Wolkenbürste** für Niederbayern wie für große Teile Bayerns überhaupt. Würden dann hier gegenüber 70 000 Hektar weitere 300 Hektar ins Gewicht fallen, dann müßte ich nicht, warum man dann nicht ohne weiteres schon längst eine ganz gewaltige Aktion gegenüber dem Holzmord im Bayerischen Wald unternommen hat. Der Holzbedarf für Neuheim ist erstens einmal produktiv und zweitens verschwindend gegenüber dem unproduktiven Verbrauch, wie er tatsächlich im Bayerischen Wald feststeht.

Nun sollen nicht allein Flüchtlinge angefließelt werden, sondern auch **Industrie**. Meine Damen und Herren, in Hessen, im Rheinland werden die **Gablonzer** und die verschiedenen anderen Industrien der Sudetendeutschen gesucht und angefließelt. Wann kommen wir in Bayern dazu? Es wird nicht allein dort etwa Textilindustrie angefließelt, sondern auch Möbelindustrie, Keramik, da Ton in allen Mengen vorhanden ist, Glas Schleifereien, Reparaturbetriebe für landwirtschaftliche Maschinen, die **Gablonzer Industrie**. Diese Vorteile, die sich wirtschaftlich aus der Siedlung ergeben, werden nicht aufgehoben dadurch, daß man da und dort zweifellos Unannehmlichkeiten in Kauf nehmen muß.

Meine Damen und Herren! Wir sind uns vollkommen klar, daß das Projekt Schwierigkeiten verursachen wird, das wissen auch wir. Aber die Schwierigkeiten sind dazu da, daß sie überwunden werden, und nicht, daß man ihnen aus dem Weg geht.

Nun die **Baufinanzierung**! Die **Baufinanzierung** geschieht erstens einmal durch **Eigenkapital**, zweitens durch **Selbsthilfe** und drittens unter **Einschaltung** der produktiven **Erwerbslosenfürsorge**. Es ist doch zweifellos besser, für das ausgegebene Geld produktive Werte zu erstellen als Unterstützung zu zahlen, ohne dafür überhaupt einen realen Gegenwert feststellen zu können. Das Arbeitsministerium, Abteilung VI, hat nun folgende Berechnung aufgestellt: Sie errechnet 20 000 Mark als Kapitalbelastung pro Familie und Wohnung und außerdem eine Kapitalzinslast von 800 Mark. Ich möchte feststellen, daß diese Berechnung der Abteilung VI des Arbeitsministeriums überhaupt nicht stimmt. Bei einer 3prozentigen Verzinsung ergibt sich pro Familie und Wohnung ein Kapitalaufwand von 9000 Mark, dem 270 Mark an Kapitalzinsaufwand gegenüberstehen, also noch nicht einmal ein Teil dessen, was die Abteilung VI des Arbeitsministeriums errechnet hat.

Welche **Wirkungen** ergeben sich nun aus der Annahme oder Ablehnung? Beim Bau ist die Kapitalbelastung bzw. Anwendung pro Jahr und Familie 340 Mark. Durch die Einschaltung der produktiven **Erwerbslosenfürsorge** wird das Verhältnis noch günstiger. Im Falle der Ablehnung, wenn also überhaupt nichts geschieht, hat der Staat auf die Dauer die Unterstützung zu zahlen und man wird nach den heutigen Sätzen ungefähr einen Betrag von 800 bis 850 Mark hierfür zu veranschlagen haben. Letzteres Geld ist außerdem verloren, weil es unproduktiv ausgegeben wird. Nun kann aber nur die **Investierung** und die **Produktion** für die Flüchtlinge etwas **Positives** schaffen.

Hinsichtlich der **Bezahlung** des Geländes ist an langfristige **Tilgungsraten** gedacht. Die Art der **Zahlung** kann allerdings beschleunigt werden. Dabei wird das Gelände, das als landwirtschaftliches Gelände in Anspruch genommen wird, mit einem entsprechenden **Aufschlag** übernommen. Ferner sind noch **Anleihen** und alles mögliche **Sonstige** durchzuführen. Es sind sehr **namhafte Kreise**, die sich auch in finanzieller **Beziehung** an der Errichtung des Dorfes Neuheim am Römerweg interessiert gezeigt haben. Die **Industriefinanzierung** geschieht durch **Eigenkapital**, durch **Kommunalbeteiligung** und durch **Kredite**. Nun könnten wir Ihnen aber ohne weiteres auf Grund der Kenntnis der ganzen Materie die Vorteile dieses Projektes aufzählen. **Treulich** werden sich deshalb, weil dieses Projekt nicht

(Wilhelm [SPD])

sachlich behandelt wurde, sondern parteipolitische Interessen dabei eine Rolle spielten, manche niemals dieser praktischen Notwendigkeit erschließen.

Wer aber das Projekt ablehnt, hat auf jeden Fall eine ungeheure Verantwortung mit zu übernehmen. Darüber soll sich jeder klar sein! Man kann heute nicht mehr dauernd nur irgendwelche papierernen Forderungen erheben und der praktischen Durchführung aus dem Wege gehen. Es ist auch nicht gerecht, wenn 48 000 einheimische Einwohner 59 680 Hektar besitzen und man den 18 000 Flüchtlingen nicht einmal 300 Hektar geben will, damit sie sich dort eine Heimat schaffen und die entsprechenden Industrien und damit Arbeitsmöglichkeiten errichten können. Bei gerechter Beurteilung der Sachlage wird man einen Bedarf von 300 Hektar für 18 000 Menschen gegenüber dem übrigen Gesamtbedarf zweifellos als sehr bescheiden bezeichnen können. Die Flüchtlinge fordern nur die Zubilligung bescheidenster Voraussetzungen für einen menschenwürdigen Aufbau ihres Lebens, sonst gar nichts. Ich bitte Sie, den Flüchtlingen diese Möglichkeit und diese Hoffnung nicht zu nehmen. Der Bayerische Landtag wird die Verantwortung aufbringen, einem Teil dieser armen und erbarmungswürdigen Menschen dieses Obdach zu geben und ihm die Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, auf die er Anspruch hat. Wenn wir an dieses Projekt nicht im Sinne gegenseitiger Anklage, sondern gemeinsamer Zusammenarbeit herangehen, dann wird aus der Last, die wir gegenwärtig zu tragen haben, ein Segen für Volk und Land ersprießen.

Im übrigen möchte ich auf den Punkt 24 der Richtlinien der CDU verweisen, der bekanntlich folgendes sagt:

In der Sorge für die Enterbten des zweiten Weltkriegs, für die Ausgewiesenen, Flüchtlinge, Ausgebombten und Obdachlosen ist unser ganzes Volk auf eine entscheidende Probe gestellt. Die Union tritt für einen allgemeinen und gerechten Lastenausgleich ein, durch den die materiellen Opfer des Krieges möglichst gleichmäßig auf die Schultern der Volksgemeinschaft verteilt werden. Gerade weil die Union das Privateigentum bejaht und als ein Naturrecht des Menschen ansieht, muß sie das verlorene Eigentum der Flüchtlinge und Ausgebombten als gleichberechtigt ansehen. Die Union fordert, daß die ganze verfügbare Kraft unseres Volkes dafür eingesetzt wird, Wohnungen, Brot und Arbeit für die neuen Bürger unseres Landes zu schaffen. Wir werden dabei vor einschneidenden Maßnahmen nicht zurückschrecken. Für den Aufbau der neu zu schaffenden Friedensgüterindustrie können alle Fähigkeiten unserer Neubürger und ihr überliefertes Können eingesetzt werden. In umfassender Planung soll die Ansiedlung mit den zu schaffenden Arbeitsmöglichkeiten verbunden werden.

Dies ist der Programmpunkt 24, soweit er sich mit den Flüchtlingen und ihrer Ansiedlung beschäftigt. Meine Herren von der CDU! Sie haben unseren Antrag gehört und wissen nun, wie wir die Frage anpacken wollen. Wir wollen einer großen Anzahl von Menschen wieder Hoffnung und neuen Lebensmut geben. Han-

deln Sie nach Ihrem Programm! Dann können Sie nur den von uns gestellten Antrag unterstützen und damit den Flüchtlingen für ihre Zukunft helfen.

(Beifall.)

**I. Vizepräsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Schlögl.

**Dr. Schlögl (CSU):** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was ich bei der Debatte über diese Flüchtlingsansiedlung befürchtet habe, ist glücklich eingetreten. Die Angelegenheit ist von der Staatsregierung leider Gottes immer wieder von Landtagsitzung zu Landtagsitzung hinausgeschoben worden. Dadurch haben sich inzwischen die Meinungen so verzahnt, daß heute in diesem hohen Hause Äußerungen gefallen sind, die ich persönlich bedauert habe.

Ich habe das Wort nur ergriffen, weil ich aus dieser Gegend stamme und dort jeden Weg und jeden Steg genau kenne. Deshalb möchte ich einmal ganz objektiv zu der Sache Stellung nehmen. Dabei ist für mich die Frage entscheidend, ob sich dieser Platz zur Gründung einer Stadt eignet oder nicht. Alle übrigen angeführten Gründe kann man nur relativ bewerten. Der Landtag hat nur zu prüfen, ob sich dieser Platz zur Gründung einer Stadt eignet.

Das Donautal ist ein altes Kultur- und Siedlungsland. Schon die alten Kelten haben dort gesiedelt. Es ist Ihnen bekannt, daß in dieser Gegend sich lauter Ortsnamen finden, die auf „ing“ enden. Dies sind lauter keltische Siedlungen. Wo haben aber die alten Kelten ihre Ortschaften errichtet? Immer entlang der Donau und niemals von der Donau weg. Sie sind also immer dem Strom gefolgt. Dann kamen die Römer. Auch sie haben dort große Siedlungen gebaut. Der Name dieser neuen Stadt heißt ja auch Neuheim am Römerweg. In der Nähe dieser Stadt war nämlich ein großes Kastell, und zwar Castra Quintana. Auch die alten Römer haben ihre großen Siedlungen grundsätzlich nur dort errichtet, wo wenigstens eine Straße vorhanden war, sie haben also entlang der alten Heerstraßen gebaut. Wenn Sie die dortige Gegend kennen: Es ist das alte Rünzing, das an der großen Heerstraße liegt, auf der die Römer gezogen sind und später Napoleon.

Jetzt soll eine neue Stadt, die dritte Stadt in diesem Landkreis entstehen. Wir haben dort zwei Landstädtchen: Wilshofen und Osterhofen. Wilshofen liegt an der Donau, außerdem an der Wils. Auch Osterhofen liegt an dieser Heerstraße. Und nun soll eine dritte Stadt, die größte eigentlich in diesem Landkreis, nämlich Neuheim am Römerweg gegründet werden. Dafür hat man aber einen Platz weit weg von der Heerstraße und weit weg vom Wasser, nämlich von der Donau, aber auch weit weg von der Eisenbahn ausgefucht. Dort will man eine Stadt gründen.

Man muß die Dinge mit Vernunft und ohne Leidenschaft betrachten. An sich sollte man es auf das Experiment ankommen lassen. Aber Sie werden es erleben, daß die Flüchtlinge uns in einigen Jahren nicht mehr dankbar dafür sein werden, weil man hier eben die alten Grundsätze einer Stadtiedlung vollkommen außer Acht gelassen hat. Ich habe schon oft angeregt, diese Stadt doch auf dem großen Gelände an der Donau entstehen zu lassen. Dieses Gelände fällt zudem unter das Siedlungsgebiet. Hier hätte man Wasser.

(Dr. Schlögl [CSU])

Auch das Holz wäre nicht weit weg, weil man es leicht vom Bayerischen Wald bekommen könnte, und zwar Holz, das wirklich einen alten Bestand darstellt.

Ich frage mich, warum man sich gerade auf dieses Projekt versteift und weshalb, wie ich schon im Wirtschaftsausschuß ausgesprochen habe, sich im Laufe der Monate nicht die Initiative des Herrn Staatssekretärs für das Flüchtlingswesen eingeschaltet hat. Weshalb hat man bei den Vorarbeiten nicht ein Projekt gewählt, das die entsprechenden Voraussetzungen bietet und wo insbesondere das Wasser vorhanden ist, das die Textilunternehmungen brauchen? Weshalb mußte dies hier an den Landtag herangetragen werden, wo Leidenschaften ausgelöst wurden, die ich persönlich nicht begreife?

Sie dürfen überzeugt sein, daß ich über den Vorwurf erhaben bin, als ob ich für die Flüchtlinge kein Herz hätte. Gerade der Bayerische Bauernverband hat durch sein Beispiel bewiesen, daß er ein Freund der Flüchtlinge ist. Er hat als erster die Flüchtlingsabteilung groß aufgezogen. Ich darf dies feststellen, damit es dem hohen Hause bekannt ist, und bin auch davon überzeugt, daß meine politischen Freunde gemeinsam von dem Wunsche beseelt sind, den Flüchtlingen unbedingt zu helfen, aber nur mit einem Projekt, das einigermaßen den alten Siedlungsgesetzen Rechnung trägt. Dies ist der einzige Grund, warum ich persönlich nicht für dieses Projekt eintreten kann. Ich habe gestern im Wirtschaftsausschuß angeregt, die Bayerische Staatsregierung möge die Initiative ergreifen, damit dieses Projekt dort, wo es vernünftig ist, auf Grund des Siedlungsgesetzes realisiert wird. Warum nimmt man nicht die Hunderte von Tagewerken, die notwendig sind, um für die Flüchtlinge etwas Brauchbares zu schaffen, dort unten an der Donau? Wenn der Herr Staatssekretär für das Flüchtlingswesen bis heute kein Projekt eingereicht hat, so muß ich das tief bedauern. Unsere Entscheidung wäre unendlich leichter, wenn uns der Herr Staatssekretär bereits geeignete Vorschläge unterbreitet hätte. Die Flüchtlinge würden dann erfahren, daß der Bayerische Landtag nichts dagegen hat, wenn sie sich eine eigene Stadt errichten wollen. Aber die Stadt muß dort erstellt werden, wo die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Glauben Sie, daß man heute kilometerweise eine neue Bahn errichten kann? Ohne Bahn können Sie aber keine Stadt gründen. Glauben Sie, daß wir eine Straße zu der Siedlung hin bauen können? Wer dort war und sie besichtigt hat, der hat gesehen, wie schlecht die Straße war. Neben mir sagte ein Abgeordneter — es war keiner von der CSU —: Da fällt einem ja die Seele aus dem Leib, so holperig ist die Straße. Es müßte also sofort eine neue Straße gebaut werden. Glauben Sie, daß wir hierzu imstande sind?

Falls dieses Projekt augenblicklich abgelehnt werden sollte, möchte ich die bayerische Staatsregierung bitten, die Initiative zu ergreifen, damit eine große Siedlung dort entsteht, wo die Voraussetzungen gegeben sind, nämlich wo eine Straße vorhanden ist, wo es Wasser gibt und wo eine Eisenbahn liegt und nicht erst kilometerweise eine neue Eisenbahn gebaut werden muß. Das ist das einzige Bedenken, das ich vorzubringen habe.

(Zwischenruf: Und das Hochwasser?)

Stenogr. Ber. d. Bayer. Landtags 1946/47. Bd. I. 23. Sitzung.

(Mch)

Einer Hochwassergefahr kann man durch die Errichtung von Dämmen leicht abhelfen, die wir nicht nur für die Siedler, sondern auch für die einheimische Bevölkerung brauchen. Ich würde Sie daher dringend bitten, und zwar auch die Presse, den hier aufgegriffenen Gedanken des Baues einer Stadt für die Flüchtlinge zu realisieren, aber dort, wo die Voraussetzungen dafür vorhanden sind. Man kann dabei ruhig den Mann, der hier so viel Initiative gezeigt hat, mit einschalten. Aber es muß vernünftig vorgegangen werden, weil wir ja auch für später gegenüber den Flüchtlingen die Verantwortung tragen. Diese würden uns nicht dankbar sein, wenn irgendwo eine Stadt entsteht, wo die Voraussetzungen dafür nicht gegeben sind. Nach großen Freudenkundgebungen im Anfang tritt später meist Ernüchterung ein.

Im Januar habe ich hier im Landtag gefordert, daß der Art. 155 der bayerischen Verfassung von der Staatsregierung endlich in die Tat umgesetzt wird. Was helfen uns die schönsten Reden, wenn auf diesem Gebiet zu wenig Initiative entfaltet wird? Wir haben bei der Beratung der Verfassung lange um diesen Art. 155 gerungen. Ich habe damals einen Weg gewiesen, wie wir schnell etwas schaffen können, was der Allgemeinheit auch sofort nützt und keinem Widerspruch im hohen Hause begegnen würde. Aber leider ist entweder die Abteilung im Staatssekretariat sehr klein oder man hat sich dort noch nicht mit diesen Gedankengängen befaßt. Ich verstehe jedenfalls nicht, daß ein außerhalb der Regierung und des Landtags Stehender ein Projekt entwerfen muß, um uns die Nase darauf zu stoßen. So ist es aber in Wirklichkeit. Ich bitte um mehr Initiative auf diesem Gebiet. Ich meine, das Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen müßte dafür sorgen, daß diese Gedankengänge, die wir alle vertreten, gleichviel welcher Partei wir angehören, realisiert werden. Man errichte den Flüchtlingen eine Stadt, aber dort, wo man auch früher Städte gegründet hat, nämlich in Anlehnung an eine Straße, an die Bahn und an das Wasser! Andere Städtegründungen sind wirklich auf den Sand gebaut. Ich persönlich habe nichts dagegen, obwohl mich alte Erinnerungen an diesen Wald knüpfen. Wir jungen Leute haben damals unsere Spaziergänge in diesen Wald gemacht. Es ist sehr idyllisch dort, besonders wenn man in Begleitung ist.

(Weiterkeit.)

Ich habe in keiner Weise etwas dagegen, wenn dieser Wald fällt. Aber ich habe etwas dagegen, wenn man dort eine Stadt gründet, wo nicht die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Die Regierung hat jetzt bis September Zeit, um unter Einbeziehung aller interessierten Kräfte die Errichtung einer Flüchtlingsstadt an einer geeigneten Stelle zu projektieren. Dies darf aber nicht dort sein, wo man erst eine Bahn bauen, eine Straße errichten und das Wasser herbeischaffen muß. Man kann doch nicht eine neue Stadt ohne Kanalisation gründen. Wir wollen nicht Zustände wie in Polen haben, wo es keine Kanalisation gibt. Sie können nicht kilometerweit — über 9 Kilometer! — das Wasser herbeibringen lassen. Mit Pumpen allein können Sie nicht helfen. Es handelt sich hier um Erwägungen rein sachlicher Art.

Wir sollten uns hier aber nicht gegenseitig erhitzen, sondern einmal die Initiative der Staatsregierung abwarten. Wir sind die Abgeordneten und haben die Staatsregierung zu kontrollieren. Die Initiative und die Exekutive liegt normalerweise aber bei der

(Dr. Schlögl [CSU])

Staatsregierung. Diese möge uns einmal ein Projekt für eine Flüchtlingsstadt vorlegen. Ich weiß: Der damalige Ministerpräsident Dr. Hoegner war Feuer und Flamme für das Projekt, hat aber die Sache nicht so genau gekannt. Auch Minister Baumgartner war direkt begeistert für das Projekt. Als ich ihm aber gesagt habe, es ist nicht richtig, weil die Voraussetzungen dafür nicht gegeben sind, hat er geantwortet: Ich habe es auch nicht so genau überlegt.

Wir haben ein Staatssekretariat. Ich bitte Herrn Staatssekretär Jaenicke und seinen ganzen Stab, uns bis September die neue Flüchtlingsstadt in irgendeiner Weise zu projektieren. Die Möglichkeit hierzu besteht, und dann ist allen geholfen. Die Vertreter der Flüchtlinge bitte ich aber um Gottes willen, nicht immer Äußerungen zu gebrauchen, als ob gerade die einheimische bayerische Bevölkerung gegen die Flüchtlinge eingestellt sei. Man soll hier nicht Präzedenzfälle konstruieren, wie ein Kollege gesagt hat, man möge vielmehr auch mit Vernunft arbeiten. Meine Herren Kollegen aus den Flüchtlingskreisen, ich bin überzeugt, daß Ihre Flüchtlinge es Ihnen in einigen Jahren nicht danken werden, was Sie hier alles zu diesem Projekt gesagt haben. Wenn nämlich einmal Richtigkeit eingetreten ist und wenn man alle bestehenden Schwierigkeiten richtig erkennt, erst dann wird man einsehen, daß man auf der falschen Spur war.

Dies wären meine Ausführungen. Verzeihen Sie mir dieselben! Ich wollte aber doch als ein dort Eingeweihter einmal zu Ihnen sprechen. Ich habe diese Wege und Stege bei schöneren Verhältnissen kennengelernt, nämlich noch vor dem letzten Kriege. Ich weiß also, daß es wirklich nicht richtig wäre, dort für die Flüchtlinge eine Stadt zu gründen. Gehen wir doch an die Donau! Dort gibt es Grundstücke genug — ich kann sie Ihnen zeigen — genau so viel Grundstücke, wie Sie brauchen. Dort können die Menschen wirklich eine brauchbare Stadt gründen, und wenn es nicht im Landkreis Wilshofen ist, so gibt es auch noch andere Landkreise. Lassen wir den Flüchtlingen eine Stadt errichten! Sie sollen zeigen, was sie können! Ich habe die Überzeugung, daß sie viel können. Zur Befriedung der Verhältnisse sollten wir deshalb zu dem Entschluß kommen, wie er in dem Antrag enthalten ist. Die Bayerische Staatsregierung möchte ich auffordern, ja hellhörig zu sein. Im September komme ich wieder auf dieses Projekt zurück, verlassen Sie sich darauf! Ich werde dann fragen, ob man bis dorthin nicht irgendein Projekt gefunden hat, das in Ausführung des Art. 155 der Verfassung die Errichtung einer geeigneten Stadt für die Flüchtlinge vorsieht.

(Beifall.)

**I. Vizepräsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete **Wißlinger**.

**Wißlinger (CSU):** Hohe Staatsregierung, verehrte Damen und Herren! Als Vertreter des Landkreises Wilshofen fühle ich mich verpflichtet, auch zu diesem Problem Stellung zu nehmen. Als im vorigen Jahr auf einer Kreistagsitzung dieses Problem erörtert und ich für eine Kommission vorgeschlagen wurde, die die notwendigen Vorarbeiten zu leisten hatte, habe ich gegenüber dem Landrat erklärt, daß ich auf die Mit-

arbeit in diesem Ausschuß verzichte. Ich betrachte nämlich dieses Projekt als einen Gartenhausaufbau. Ich habe in den letzten Tagen und Wochen mit den Flüchtlingen meines Kreises und mit sehr vielen Flüchtlingsobmännern Fühlung genommen. Danach ist es aber nicht richtig, daß die Flüchtlinge, wie die Abgeordneten Witom und Wilhelm erklärt haben, auf die Verabschiedung dieses Projekts durch den Landtag warten. Ich habe vielmehr überhaupt niemand getroffen, der für das Projekt Neuheim am Römerweg eingetreten wäre. Die meisten haben vielmehr erklärt: Herr Bürgermeister, das ist ein Projekt von Kohlrausch. Auch Kohlrausch hat mir bei der letzten Kreistagsitzung gesagt: Ich weiß bestimmt, daß dieses Projekt in der nächsten Landtagsitzung abgelehnt wird. Er hat sich damit abgefunden. Ich bedauere es außerordentlich, daß aus diesem wirtschaftlichen ein parteipolitisches Problem geworden ist.

(Sehr richtig!)

Wir hätten heute wahrhaftig andere Dinge im Landtag zu bearbeiten. Ich bedauere, sagen zu müssen, daß wir da leeres Stroh dreschen. Das Volk draußen erwartet andere Arbeit von uns.

Als Bürgermeister habe ich Fühlung mit den Leuten draußen. Fragen Sie meine Flüchtlinge, was sie zu meiner Tätigkeit als Bürgermeister sagen! Ich kann mich selbst als Flüchtling betrachten; denn ich wurde auch in der kältesten Winternacht zum Flüchtling gestempelt. Deshalb kann ich das Los der Flüchtlinge genau ermessen und bedauere, daß manche unserer Einheimischen wenig Herz für die Flüchtlinge haben, wenn sie sich auch ein christliches Mäntelchen umgehängt haben. Kommt aber der Bürgermeister und klopf Einlaß begehrend an die Tür, so ertönt ein schroffes Nein. Andererseits gibt es auch unter den Flüchtlingen solche, die nicht so sind, wie wir es wünschen. Es gibt eben heute solche sowohl unter den Einheimischen als auch unter den Flüchtlingen. Wir sind uns dessen bewußt, daß wir alles tun müssen, um diese armen Menschen unterzubringen. Auf diese Weise dienen wir aber den Flüchtlingen nicht. Erst am Sonntag wurde ich nach Bergweis gerufen. Dort haben mir die Flüchtlinge erklärt: Wir wollen uns nicht von Kohlrausch in einen Pferch einsperren lassen. Wir wollen in unsere Heimat zurückkehren. Das ist das erste Wort, das die Flüchtlinge sagen.

(Hört, hört!)

Meine Damen und Herren! Gerade die Herren von der linken Seite des Hauses müssen mir bestätigen, und auch diejenigen, die mit mir im Ernährungs- und Landwirtschaftsausschuß zusammenarbeiten, wissen bestimmt, daß ich koalitionswillig bin und daß ich alles tue auch für die Flüchtlinge. Die Flüchtlingsfrage ist ja eines der schwierigsten Probleme, die wir Bürgermeister zu lösen haben. Freilich wären das Los und die Arbeit für uns Bürgermeister leichter, wenn wir einen großen Teil der Flüchtlinge aus unseren Gemeinden abschieben könnten. Aber ich habe als Bürgermeister immer bestimmt ein Interesse dafür gezeigt, was mir auch meine Leidenskollegen bestätigen müssen, diesen Menschen zu helfen, und ich habe es oft herzlich bedauert, daß wir ihnen nicht mehr helfen können. Ich unterstreiche voll und ganz die Worte meines Kollegen und Leidensgenossen Wimmer von der Stadt München und habe jedes Mitgefühl dafür gehabt, wie er in der letzten Landtagsitzung besorgt war, für den kommenden

(Wiglinger [CSU])

Winter die Flüchtlinge und auch die einheimische Bevölkerung mit Brennmaterial zu versorgen und nicht zu warten, bis der Winter vor der Tür steht. Ich habe mich im Winter stets voll Angst zum Rathaus begeben, wenn dort eine Menschenmenge, hauptsächlich Flüchtlinge, war, die ihr ganzes Brennmaterial verbraucht hatte und bei der enormen Kälte nichts zum Brennen hatte. Ich habe alles versucht, diesen armen Menschen zu helfen.

Deshalb möchte ich Sie alle bitten: Lassen wir in dieser Sache unser Herz sprechen. Ich bitte auch die Herren von der Sozialdemokratie darum. Wir wollen diesen Menschen helfen, soweit uns das möglich ist. Ich möchte die Worte unterstreichen, die Herr Kollege Dr. Schlögl so schön angebracht hat, die Staatsregierung möchte bis zum kommenden Herbst ein Projekt ausarbeiten, um den Flüchtlingen zu helfen. Wenn es nicht im Landkreis Vilshofen ist, so anderswo. Ich bin an sich dafür. Aber an diesem Ort ist es unmöglich, den armen Flüchtlingen in dieser Weise zu helfen. Deshalb möchte ich Sie alle bitten, von diesem Projekt Abstand zu nehmen. Der Wunsch aller Flüchtlinge ist es, in erster Linie wieder in ihre Heimat zurückzukehren und in zweiter Linie sich an einem Platz niederzulassen, wo sie auch unter uns Einheimischen sein können, damit sie zu Neubürgern werden. Wenn wir sie aber, es sind 18 000 Menschen, in den Berg hineinsperren, sind sie nicht unter uns, sondern von uns abgesondert und werden keine Neubürger, weil sie wieder allein sind. Wir wollen aber doch mit diesen Flüchtlingen im engsten Verkehr stehen. Ich habe daran das größte Interesse. Ich habe am vergangenen Sonntag in einer großen Flüchtlingsversammlung, in der mehr als 500 Personen anwesend waren, gesprochen und habe an sie die Frage gerichtet, was sie von diesem Flüchtlingsdorf halten. Ich habe keinen Flüchtling gehört, der damit einverstanden gewesen wäre. Ihr erstes Wort war immer: Wir wollen in unsere Heimat, und ihr zweites Wort war: Wir wollen eine passende und angemessene Wohnung, wo wir auch Arbeitsgelegenheit finden. Aber Neuheim am Römerweg bietet für uns Flüchtlinge keine Heimat. Das ist mein Standpunkt in dieser Sache.

**I. Vizepräsident:** Ich erteile dem Abgeordneten **Roßke** das Wort.

**Roßke (WWB):** Ich bin einer der ganz wenigen Flüchtlingsabgeordneten dieses Hauses. Ich möchte bei dieser Gelegenheit als Flüchtling vielleicht etwas anmaßend einmal folgendes sagen: Das Mandat eines Flüchtlingsabgeordneten ist erheblich stärker fundiert, als es etwa die zufällige Zahl des Stimmresultates in seinem Stimmkreis anzeigen mag. Wir Flüchtlingsabgeordnete sind hier in diesem hohen Haus nur wenige, wir sind aber die Sprecher einer großen Anzahl von Menschen, die rund ein Fünftel der gesamten bayerischen Bevölkerung ausmachen. Wir dürfen deshalb bitten, daß das, was wir zu sagen haben, auch in Ruhe und Sachlichkeit und mit dem nötigen Ernst entgegengenommen wird, ganz gleichgültig, ob der Vortrag rhetorisch glücklich gestaltet ist, ob er zu lange dauert oder zu schnell dahingeht. Es geht hier um grundsätzliche Dinge. Wir sind nun einmal das Sprachrohr derer, die sonst keine Möglichkeit, zu Wort zu kommen, haben. Ich stehe

also hier nicht nur als Abgeordneter und als Angehöriger des Präsidiums der WWB, sondern eben auch als ein Flüchtling. Dies sei vorausgeschickt.

Nun will ich mich nicht in die Debatte einschalten, wie sie bisher verlaufen ist. Es ist auf technischem Gebiete allenthalben Ersprießliches für und wider gesagt worden. Wir haben genug gehört von Ziegelsteinen und besserem Donauhafen, Eisenbahn und Lehmfachwerkbau. Das alles bringt die Sache weder vorwärts, noch trifft es ihren Kern. Nur um einen Treppenviz zu machen, will ich, weil vorhin von der *Kanalisation* gesprochen wurde, auf die Tatsache hinweisen, daß die Stadt Plattling, die im achten Jahrhundert entstanden ist, wie mir eben jemand ins Ohr geflüstert hat, der es genau weiß, bis heute noch keine Kanalisation hat. Es würde also auch bei einer Neugründung ohne diese gehen, zumal wir uns alle einmal in Zukunft zu einer erheblich primitiveren Lebensweise werden bekennen müssen und auch dem Boden aus Mangel an Dingenmitteln diese notwendigen Stoffe werden zuführen müssen.

(Zuruf.)

— Wollen Sie mir nicht Herrn Kohlrausch entgegenhalten. Der Herr ist für mich durchaus uninteressant. Bei diesem Hin und Her von technischem Material, von Gutachten usw. ist meiner Überzeugung nach viel zu wenig gesprochen worden von dem, was dahintersteht, drohend, bittend, erwartend, verlangend: von den Menschen. Stellen Sie sich nur einmal vor, wie groß allein die Terminologie geworden ist, um diese Menschenmenge zu bezeichnen. Wir haben Flüchtlinge und Ausgebiefene, Neubürger und Verschleppte, Vertriebene und Totalgeschädigte, Verlagerte und Evakuierte, Ausgebombte und Gott weiß was noch alles. Sagen Sie mir nicht, das müßten Sie schon alles. Es ist notwendig, daß das hier gesagt wird, und ich will es bei dieser Gelegenheit sagen: Ich freue mich, daß die Debatte über diesen Gegenstand so lebhaft geworden ist. Es wird an der Zeit, daß in der großen Öffentlichkeit dieses Thema lebhafter angefaßt wird. Das ist eine ersprießliche Seite dieses vielleicht für manchen ermüdenden Problems. Alle diese Menschengruppen wollen und müssen wieder einmal zu etwas kommen.

Das Arbeitsministerium hat kürzlich einige Zahlen einander gegenübergestellt, wobei festgestellt wurde, daß der Menschentanz, der heute faktisch als wohnungslos und besitzlos anzusprechen ist, die runde Zahl von 4 Millionen Menschen erreicht hat, bei einer Bevölkerungszahl von 9 Millionen in Bayern. Es sind also 5 Millionen vorhanden, die noch einigermaßen etwas besitzen und die einer ungeheuren, unüberschaubaren Menschenmenge von 4 Millionen gegenüberstehen, die irgendwie vom Schicksal in Mitleidenschaft gezogen und wohnungs- und besitzlos geworden sind. Ob sie in die eine oder andere Kategorie hineingehören, spielt keine Rolle. Die Flüchtlinge jedenfalls stellen das größte, geschlossenste und verletzteste Kontingent unter ihnen dar. Glaubt man denn, daß diese Spannung lange so anhalten wird? Worauf beruht sie denn? Auf einer unerhörten Geduld und einem unerhörten Glauben derer, daß irgend einmal etwas für sie geschehen wird! Darauf beruht es überhaupt, daß nicht schon längst ein zündender Funke entflammt ist, der den Gegensatz zwischen den 5 Millionen Besitzenden und den 4 Millionen Besitzlosen drastisch illustriert und beleuchtet. Wir regen uns sehr oft auf darüber, daß von den *B e r s c h l e p p*

(Koste [W.W.])

ten gesprochen werden muß. Wir empfinden diese Menschengruppe als überzählig im Land. Sie stellen das Kontingent der Schwarzhändler und Schieber, der Straßenräuber und Mörder. Mit Befriedigung lesen wir in den Zeitungen: Da haben sie wieder einmal einen armen Serben oder Russen oder Polen geschmachtet und ein paar Jahre eingekerkert oder zum Tode verurteilt. Was sind diese Verschleppten? Sie sind heimatlos gemachte Menschen. Was diesen Menschen heute Schlimmes nachgeredet werden muß, ist eine Tatsache. Sie bedroht aber als die Gefahr des Versinkens alle diese heimatlosen Menschenmassen ebenso. Moral und gute Sitten sind gebunden an das Heimatgefühl. Wer keine Heimat hat und vergeblich darauf hofft und danach ringt, läuft die gleiche Gefahr, in die diese anderen schon hineingerutscht sind. Das ist also eine Gefahr, die nicht nur diese Menschenkreise, sondern uns alle betrifft. Seit zwei Jahren warten die Flüchtlinge. Ihre Stimmung, das ist keine Phrase, das kann ich Ihnen sagen, und ist auch keine leere Wiederholung, sondern eine Tatsache, ist verzweifelt. Die Flüchtlinge sind verbittert. Wir brauchen dazu keinen Ton mehr zu sagen. Ich komme viel im Lande Bayern herum und höre das oft und kann es getrost sagen. Wer von Ihnen als Bürgermeister oder Landrat oder sonst in Amt und Würden zur Linderung der Not dieser Flüchtlinge etwas getan hat, sei von mir von dieser Stelle aus herzlichst bedankt. Es sind aber nur Regentropfen gegenüber der brennenden Not. Da wollen Sie sich immer wieder sagen: Wann wollen wir das Problem lösen, und wie wollen wir es lösen? Wenn wir diesen Ausweg wieder beiseite schieben, wieder um acht Wochen verschieben und nach einem anderen Platz suchen sollen, so sage ich dazu: Nein; es muß endlich einmal irgendwo die Tür aufgestoßen werden, es muß endlich einmal ein erster Handgriff getan und etwas gewagt werden. Ein Wagnis ist es für alle, für Sie, und für diejenigen, die es praktisch unternehmen und durchführen sollen.

Es steht heute nicht nur Neuheim zur Debatte, darüber wollen wir uns keiner Täuschung hingeben, sondern es steht alles zur Debatte, was in Flüchtlingskreisen an Projekten angepackt wird. Ich bin eben hinausgerufen worden, und es wurde mir eine Mappe mit Material aus Flüchtlingskreisen in Franken in die Hand gedrückt. Das alte Stoßgebet und der alte Klageruf lautet: Wir wollen, aber wir können nicht; wann will man endlich einmal die beste Kraft auslösen, die im Menschen steckt, den guten Willen, den Unternehmergeist, die Tatkraft? Es genügt nicht, wenn Sie immer wieder darauf hinweisen: wir brauchen 4000 Bauarbeiter, es kommt aber kein Schwanz und meldet sich, wir brauchen soundso viel Landarbeiter, und sie kommen nicht. Das Problem liegt auf einer ganz anderen Ebene. Ich kann mich jetzt nicht darauf einlassen, das wäre Gegenstand eines Sondervortrags. 200 Projekte sind mir bekannt, die im Flüchtlingssekretariat ruhen und von denen noch keines zur praktischen Verwirklichung gekommen ist. Noch nirgends ist der erste Handgriff geschehen. Darum geht es, daß endlich einmal ein Anfang gemacht wird. Warum überall diese Gegenwehr? Ich habe mir schon darüber den Kopf zerbrochen und überlegt: Warum ist man immer so animos dagegen, warum hat man immer soundso viele Gegengründe? Sachliche Gründe kann man stets mit Gegengründen

schlagen, jedes Fachgutachten kann man mit einem anderen Fachgutachten auflösen. Daran allein liegt es also nicht. Ich glaube auch nicht, daß es am guten Willen fehlt. Der gute Wille, seien Sie mir nicht böse, ist nicht gebunden an links oder rechts. Das habe ich als Flüchtling längst begriffen, daß die Trennungslinie quer geht durch alle Parteien, alle Religionen und alle sonstigen Unterscheidungen. Es geht hier lediglich um eine Unterscheidung: Mensch oder Bürger. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Ich habe mir auch darüber Gedanken gemacht. Vielleicht ist es ein kleiner Beitrag, wenn ich berichte, was mir vor einigen Tagen ein Angehöriger dieses Hauses mit süddeutscher Lebhaftigkeit gesagt hat: „Ihr müßt Euch eingliedern; Ihr dürft nicht fortwährend Schlesier, Sudetendeutsche und Ostpreußen sein wollen, Ihr müßt einmal unsere Sprache erlernen, unsere Sitten und Gebräuche annehmen, Ihr müßt leben wie wir!“ Das ist aber ein Verlangen, das man von einem einzelnen Auswanderer verlangen kann. Ein Schmidt in Deutschland ist binnen vier Wochen in Amerika ein Smith geworden. Aber aus 1¼ Millionen Menschen, die eine Heimat hatten und sie unter tragischen Umständen verlassen mußten, können Sie nicht in zwei Jahren waschechte Bayern, Franken oder Schwaben machen. Da müssen Sie gelinde vorgehen. Hier liegt vielleicht nur eine falsche konservative Haltung vor, die irgendwie eine Beeinträchtigung befürchtet. Das ist nicht ein gesundes Heimatgefühl, das ich an sich absolut verstehe. Aber Sie müssen den Sprung einmal wagen und zu der Tatsache Ja sagen, daß Sie vor einem geschichtlichem Ereignis stehen, das einmalig ist, so weit wir überhaupt zurückshauen können. Der Einbruch von 1¼ Millionen Menschen in Bayern, von 12 Millionen Flüchtlingen in dieses kümmerliche Restdeutschland ist ein Ereignis, dem jede Parallele fehlt. Wollen Sie da mit kleinlichen Mitteln vorgehen und wollen Sie dieser unerhörten einmaligen Entscheidung als ausschlaggebend entgegensetzen: Erwägungen über Dachziegel, über Wasser und Brunnen und Donauhäfen usw.? So leicht lassen sich diese Dinge nicht anfassen und beiseite legen. Ich verstehe das alles absolut, und es wird mir gerade von der rechten Seite dieses Hauses niemand den Vorwurf machen, daß ich vielleicht rein persönlich meiner Eigenart nach ganz wo anders hingehöre. Man wird wohl verstehen, daß ich Ihre Haltung begreife, aber ich muß so sprechen, wie ich jetzt spreche, weil ich zwei Jahre lang die tagtägliche Praxis erlebt habe und weil mir die Hilferufe und Verzweiflungsschreie von Menschen in den Ohren gellen, die sagen: Es geschieht doch nichts. Nun war es interessant, daß zuletzt noch gesagt wurde, warum sollen wir überhaupt für diese Menschen bauen, die doch nur nach Hause wollen. Das ist eine ganz billige Ausrede, die Flüchtlinge wollen nach Hause, also tun wir gar nichts, wir verhindern nur, daß sie mit Tränen in den Augen von dem Häuschen, das sie sich hier gebaut haben, Abschied nehmen müssen. So geht es nicht. Denn es muß ja doch sowieso gebaut werden; Sie müssen ja auch bauen für Ihre eigenen obdachlos gewordenen Landsleute, für die Ausgebombten, für die Totalgeschädigten, die vielleicht nie wieder in diesen Stadtkomplexen untergebracht werden können. Es ist mit einer Auflöserung und einer ganz anderen Bauweise zu rechnen. Aber das ist ein Thema für sich. Wenn überhaupt irgendwo gebaut wird, dann ist das ein Anfang für alle und im Interesse aller. Ich hoffe und wünsche, und mein ganzes Kämpfen geht

**(Koste [WAW])**

darauf aus, daß wir wieder einmal nach Hause kommen können, wenigstens ein großer Teil von uns. Aber bringen Sie uns nicht zur Verzweiflung bis zu diesem Augenblick, lassen Sie uns wenigstens auch eine Chance zum Leben!

Ich wende mich also nicht an die Baumeister, nicht an die Mitglieder dieser oder jener Fraktion oder an jemand, der links oder rechts in diesem Hause seinen Sitz hat, sondern an den Menschen, der den Mut hat, dieses große und schwere Problem, über das wir so viel reden und schreiben, zu erkennen, ein Problem, wo wir nicht hängenbleiben dürfen bei allen möglichen Erwägungen subtilster verwaltungsmäßiger oder wirtschaftlicher Art. Ich wende mich an alle diejenigen, die den Mut haben, ja zu sagen zu einer Zeit, in der sie leben, die nicht Scheuklappen der Tradition vor den Augen haben und sagen, es muß alles bleiben, wie es ist. Es wird niemals wieder so werden, wie Sie es in der Erinnerung haben als Ihre liebe angestammte bayerische Heimat. Seien Sie froh, daß Sie sich diese soweit erhalten haben. Das wird genau so wenig jemals wieder so werden, wie es für uns aus dem Osten und Südosten wieder so wird, wie es war. Die Zeit ist eine andere geworden. Sie müssen mit einem Strukturwandel auf allen Gebieten vorlieb nehmen.

Was will man eigentlich gegenüber dieser Völkerverwanderung modernster Art, welche diese armeiselige Völkerwanderung vor 1000 und soundso vielen hundert Jahren in den Schatten stellt. Da soll nun nichts gemacht, nur eine kleine Tür geöffnet werden, und da reden wir nun stundenlang darum herum. Um diese einzige Sache dreht es sich.

Was soll der Landtag? Was erwarten wir? Er soll einmal ein wenig Mut haben gegenüber diesem großen Geschehen, das sich nun als Forderung ausdrückt. Wir erwarten nichts anderes als ein wenig Mut. In Gottes Namen: Riskieren wir die Geschichte! Jrgend etwas müssen wir doch riskieren. Versuchen wir es also! Hier haben Fachleute geplant und überlegt, sicher haben sie alle Einwendungen vorher geprüft, etwas muß also daran sein. Es soll in einem kleinen Teil begonnen werden. Verantwortungsbewußtsein gegenüber den Nichtbesitzenden, Offenheit und Menschlichkeit, das ist es, was wir vielleicht von Ihnen erwarten dürfen. Weiter brauchen wir nichts. Der bayerische Staat geht keine Verpflichtungen ein. Das Risiko tragen die Leute allein und zum großen Teil sind die Mittel vorhanden. Was Sie schaffen sollen, ist die Auslösung der eigenen Kräfte, endlich einmal der Anschlag der Kräfte, die in dem Menschen selbst ruhen. Wir brauchen ein Beispiel für die Selbsthilfe, die leider, Schwarz auf Weiß gedruckt, — man muß sich an den Kopf greifen, wenn man es liest —, als unnötig und unmöglich in unserer Zeit hingestellt worden ist. Selbsthilfe ist etwas, auf das wir gar nicht verzichten können.

Ich bin damit eigentlich schon am Ende. Gott sei Dank, werden Sie sagen, wir haben lange genug darüber geredet. Es mögen das alles Gemeinplätze sein, die ich vorbringe, alles Dinge, die Sie vielleicht zehnmal schon in den Zeitungen gelesen haben. Es ist jedoch notwendig, daß sie immer wieder gesagt werden. Denn man trifft eine erschütternde Unkenntnis überall im Lande, auch unter den Angehörigen dieses Hauses, auch in

höheren Behörden wie in Ministerien und sonstigen Ämtern. Noch sind die eigenen Erfahrungen, die wir haben in Bezug auf das Geschehen im Osten, auf die Triebkräfte, welche unser Unglück ausgelöst haben, der einzige und letzte Schußwoll, der vor Ihnen liegt, um zu verhindern, daß ähnliche Dinge vielleicht auch hier einmal entstehen. Vor kurzem schrieb eine tschechische Zeitung: „Speck ausgelegt, Lockfang; ein sowjetisches Deutschland wird wahrscheinlich in Bezug auf die Beurteilung seiner Ostgrenzenfrage eine andere Wertung erfahren und Rußland wird vielleicht dann nicht vor einer erneuten Teilung Polens zurückschrecken. Also, ihr lieben Flüchtlinge, die ihr nach Hause wollt, bekennet euch zum Kommunismus, zur Weltanschauung des Ostens und ihr habt eure Heimat wieder.“ Es ist vielleicht keine Zufälligkeit, daß mich vor drei Tagen die Nachricht erreichte, daß im Bayerischen Wald aus einer SPD-Gruppe sich eine KPD-Gruppe unter großer Beteiligung enttäuschter und verbitterter Flüchtlinge entwickelt. Es ist das eine Tatsache, die nicht zu bestreiten ist. Der Anfang ist gemacht. Bedenken Sie, im Bayerischen Wald! Lieblosigkeit und Unmenschlichkeit lösen vielleicht die Flut aus, die mehr verschlingen kann als ein Waldstück irgendwo im Kreis Bishofen. Ich will nicht auf irgendwelche Gefühlstuben drücken oder Tränenröhren rühren oder Empfindlichkeiten auslösen. Es geht auch bei dem, was ich zu sagen habe um sachliche Dinge. Ich habe nichts zu tun, als zu bitten, zu mahnen und zu warnen. Die Entscheidung, wie sie fallen mag, liegt immer in Ihrer Hand, und die Folgen werden Sie und wir alle tragen müssen.

Auch ich beantrage die Ablehnung dieser Vorlage und bitte, die Regierung zu veranlassen, ja zu sagen zu dem Unternehmen der Flüchtlingsiedlung, weil sie endlich einmal einen ersten Anfang bedeutet und groß steht draußen als Hoffnung für Millionen Menschen.

**I. Vizepräsident:** Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Stoß.

**Stoß (SPD):** Nachdem hier durch die Abgeordneten so viele Widersprüche festgestellt worden sind — die einen sagen sogar, die Flüchtlinge selbst wollen diese Siedlung nicht —, wäre es doch notwendig, daß die Staatsregierung durch den Herrn Staatssekretär dazu Stellung nähme. Sonst debattieren wir vielleicht in zwei Tagen auch noch darüber. Es wäre daher notwendig, daß wir die Stellungnahme der Staatsregierung kennenlernen, ob es so oder so ist.

(Zuruf: Er ist ja gar nicht mehr da!)

**Staatsminister Seifried:** Herr Staatssekretär Jaenicke hat vor längerer Zeit für heute 6 Uhr einen wichtigen Vortrag in der Akademie übernommen. Infolgedessen hat er um Beurlaubung gebeten. Diese Beurlaubung ist ihm auch vom Präsidium erteilt worden. Es müßte also diese Angelegenheit zurückgestellt werden.

**I. Vizepräsident:** Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Hundhammer.

**Dr. Hundhammer (CSU):** Ich bitte die Sitzung bis morgen zu vertagen. Es ist ohnehin jetzt eine interfraktionelle Besprechung für 6 Uhr in Aussicht genommen.

**I. Vizepräsident:** Dieser Gegenstand wird auf morgen vertagt. Das Haus ist damit einverstanden.

Ich erteile das Wort dem Herrn stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Hoegner zu einer persönlichen Erklärung.

Stellvertretender Ministerpräsident Dr. Hoegner. In der Halbmonatsschrift der Arbeitsgemeinschaft der Jungen Union in der CSU in Bayern, Nr. 9 von Anfang Juli 1947, findet sich folgender kleine Aufsatz:

Jungsozialisten in der Staatskanzlei. Wir leben im Zeitalter der Tagungen und Konferenzen. Nicht nur der Wohnraum, sondern auch der Versammlungsraum ist sehr knapp. Nun hat die bayerische Staatsregierung ihre Räume für Zusammenkünfte zur Verfügung gestellt, vorläufig allerdings nur für einen kleinen ausgewählten Kreis von Jungsozialisten, die in der Staatskanzlei ihr politisches Seminar abhalten. Am 8. Juli waren sie wieder versammelt, 20 bis 30 energiegeladene junge Marxanhänger. Behaft diskutierend warteten sie so lebhaft, daß die nebenbei ebenfalls versammelten Mitglieder des Verfassungsausschusses des Landtags und alle sonstigen Gäste der Staatskanzlei sich nur noch schriftlich verständigen konnten. Dann erschien der Meister, Herr Dr. Hoegner, lächelnd, überlegen, im Bilde wie immer. Nichts gegen eine politische Ausbildung der Jungsozialisten. Bildung ist immer gut. Nur scheint uns die Staatskanzlei nicht der richtige Ausbildungsort für den sozialdemokratischen Führernachwuchs, oder aber die Räume der Staatskanzlei stehen allen Parteien für Ausbildungskurse zur Verfügung. Das kann aber unseres Erachtens nur der Hausherr selbst entscheiden und nicht der Justizminister, selbst wenn er stellvertretender Ministerpräsident ist.

Meine Damen und Herren, in der Wilhelminischen Zeit hat es in Deutschland Schwarzseher gegeben. Heute scheinen unter uns Rotseher aufgetaucht zu sein. Denn es hat sich selbstverständlich um keine Jungsozialisten, sondern es hat sich am 8. Juli um eineinhalb Duzend Studierende der Universität München gehandelt, die von mir in meiner Eigenschaft als Honorarprofessor dieser Universität geprüft wurden, weil sie um Hörgeldbefreiung eingegeben hatten.

**I. Vizepräsident:** Das Haus hat diese Erklärung zur Kenntnis genommen. Es liegen nun noch die Beilagen 534 und 535 vor. Ich frage das Haus, ob es damit einverstanden ist, daß wir diese beiden Beilagen noch rasch zur Erledigung bringen. Erhebt sich Widerspruch dagegen? — Das ist nicht der Fall.

Ich rufe also auf den

**Mündlichen Bericht des Ausschusses für die Geschäftsordnung zum Schreiben des Staatsministeriums der Justiz vom 15. Juli 1947 betreffend Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Loriz (Beilage 534).**

Berichterstatter ist der Abgeordnete Dr. Sille; ich erteile ihm das Wort.

Dr. Sille (SPD) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Mitten in die Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses, der ab 2 Uhr

tagte, kam ein Antrag der Staatsanwaltschaft München, die Immunität des Abgeordneten Loriz aufzuheben und auch seiner eventuellen Verhaftung zuzustimmen.

Dieser Antrag hat folgenden Wortlaut — ich glaube, es ist notwendig, Ihnen den Wortlaut bekanntzugeben, weil ich damit die Behandlung wesentlich abkürzen kann —:

An den

Herrn Präsidenten des Bayerischen Landtags durch die Hand des Generalstaatsanwalts.

Gemäß Art. 28 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Bayern bitte ich den Bayerischen Landtag um die Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Staatsminister a. D. und Landtagsabgeordneten Alfred Loriz.

Nach den eidesstattlichen Erklärungen von Karl Meißner, Johann Hildebrand und Karl Lechner hat der in München 19, Winthirplatz 2, wohnhafte Rolf Wiegel am 8. 7. 47 folgende Aussagen gemacht: Loriz habe ihm in den Monaten März bis Mai 46 ca. 800 000 bis 1 Million Reichsmark übergeben mit dem Auftrag, hierfür in der Hauptsache Benzin und Autoreifen am Schwarzen Markt zu besorgen.

(Hört, hört!)

In Ausführung dieses Auftrags habe er täglich mehrere 100 Liter Benzin, gelegentlich auch Benzinmarken, zum Preise von 10 bis 15 Reichsmark für den Liter gekauft. Bei mehreren dieser Schwarzkäufe sei Loriz selbst dabei gewesen und habe selbst mit gehandelt; u. a. habe er in einem Hausgang am Sendlinger-Tor-Platz von einem Italiener 1000 Liter Benzin zum Preise von 16 Reichsmark pro Liter erworben.

Friedrich Stadelbauer hat eine eidesstattliche Erklärung abgegeben, daß er während seiner Tätigkeit im Zentralbüro der WW in den Monaten Juni bis November 1946 von Loriz laufend Benzinmarken erhalten habe, die nicht aus der ordnungsmäßigen Zuteilung stammten, und zwar im Durchschnitt täglich 100 bis 150 Liter, je nach Bedarf.

Die Aussagen des Rolf Wiegel und des Friedrich Stadelbauer werden durch Lechner und Hildebrand auf Grund eigener Wahrnehmungen bestätigt, wobei der letztere angegeben hat, daß ein Ausgabebuch über die Beträge, die Loriz für den Schwarzkauf von Benzin aufgewendet habe, sich in seinen Händen befinde.

Auf Grund des gegebenen Sachverhalts besteht der begründete Verdacht, daß Loriz gegen § 1 Abs. 1 der Kriegswirtschaftsverordnung und zugleich gegen § 1 Abs. 2 der Preisstrafrechtsverordnung fortgesetzt verstoßen hat, weil er Erzeugnisse, die zum lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung gehören, beiseite geschafft und dadurch böswillig die Deckung dieses Bedarfs gefährdet hat.

Für den Fall, daß sich wegen Verdunklungsgefahr die Notwendigkeit ergeben sollte, gegen Loriz die Erlassung eines Haftbefehls beim Amtsgericht München zu beantragen, bitte ich vorsorglich, die nach Art. 28 Abs. 2 der Bayerischen Verfassung hierzu erforderliche Genehmigung erteilen zu wollen.

(Dr. Gille [SPD])

Kolff Wiegell hat weiter ausgesagt, daß Loritz im Besitz einer erheblichen Menge von Devisen gewesen sei und ihm 200 000 französische Francs zum Absatz auf dem Schwarzen Markt gegen Reichsmark angeboten habe. Einmal habe er von Loritz 200 Schweizer Franken erhalten und hierfür Reisen gekauft. Weitere 100 Franken habe er für Loritz auf dem Schwarzen Markt veräußert und hierfür 3800 Reichsmark erlößt. 1000 bis 1100 Schweizer Franken habe Loritz für einen Autoanfauf auswenden wollen. Er habe selbst gesehen, wie Loritz einmal 1000 bis 1500 Schweizer Franken aus der Tasche seines Anzugs herausgezogen habe.

Auf Grund dieser Aussage liegen erhebliche Verdachtsgründe vor, daß Loritz auch gegen das Gesetz Nr. 53 der Militärregierung betreffend die Devisenbewirtschaftung verstoßen hat. Nach Art. VIII dieses Gesetzes sind für die Strafverfolgung die Gerichte der Militärregierung zuständig. Diese Vorgänge werden daher der Militärregierung zur Entscheidung über die weitere Behandlung des Verfahrens vorgelegt.

Dieses Schreiben ist vom bayerischen Staatsministerium der Justiz mit einem Anschreiben — Unterschrift Ministerialdirektor Konrad — dem Ausschuß nach Beginn der Sitzung übergeben worden. Es war nicht möglich, noch einen Berichtstatter für dieses Thema im Ausschuß zu bestellen. Ich habe daher mich selbst gewissermaßen zum Berichtstatter bestellen müssen in der Form, daß ich diesen Vorgang dem Ausschuß vorgetragen habe.

Nach Beginn der Behandlung dieses Tagesordnungspunktes ist Herr Loritz mit einem anderen Abgeordneten der WWB erschienen und hat zunächst feststellen wollen, daß der Abgeordnete Meißner zu Unrecht in diesem Ausschuß sitze und insolgedessen an den Entschliessungen dieses Ausschusses nicht mitwirken könne. Diese Frage steht nicht zur Diskussion, ist aber immerhin wesentlich, wenn etwa formelle Einwendungen erfolgen sollten.

Der Ausschuß hat sich auf den Standpunkt gestellt: Solange kein anderes Mitglied benannt worden ist und der Landtag kein anderes Mitglied für diesen Ausschuß gewählt hat, ist der seinerzeit rechtmäßig gewählte Abgeordnete berechtigt, an den Sitzungen teilzunehmen.

(Richtig!)

Herr Loritz hat da ziemlich umfangreiche Erklärungen persönlicher Natur abgegeben. Er hat auch u. a. den Herrn Meißner beschuldigt, daß er der Anstifter sei. Sie haben ja selbst den Inhalt dieser Eingabe gehört. Ich habe daraufhin dem Herrn Abgeordneten Loritz gesagt, ich müsse ihn leider bitten, wenigstens bei der Behandlung dieses Tagesordnungspunktes den Raum zu verlassen, da es nach alter Sitte der Parlamente üblich sei, daß bei Behandlung persönlicher Punkte der Beschuldigte, wenn er nicht etwa verhört wird, nicht anwesend sein kann. Nach längerer Debatte hat der Abgeordnete Loritz dieser Aufforderung Rechnung getragen. Ich habe ihm entgegenkommenderweise Gelegenheit gegeben, einige Ausführungen zu machen, die zur Sache wenig zu tun hatten.

Der Ausschuß hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, daß dem Antrag der Oberstaatsanwaltschaft

München I entsprochen wird. Nach der Überzeugung des Ausschusses kann die Immunität, wenn so schwerwiegende Vorwürfe erhoben werden, unter keinen Umständen gewahrt werden. Der Landtag hat bei vielen Gelegenheiten Anlaß genommen, gegen Schwarzhandel, Wucher und viele ähnliche Dinge Stellung zu nehmen. Der Landtag selbst hat die Vorlage verabschiedet, die bei ähnlichen Delikten erschwerte Strafen vorsieht. Der Landtag würde sich praktisch ins Gesicht schlagen, wenn er in diesem Falle die Immunität nicht aufheben würde.

Ich schlage Ihnen deshalb namens des Ausschusses vor, dem Beschluß beizutreten, sowohl die Immunität aufzuheben, als auch einer eventuell notwendig werdenden Verhaftung zuzustimmen.

Und nun, Herr Präsident, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, daß ich wenige Worte noch im Auftrag der sozialdemokratischen Fraktion sage. Die sozialdemokratische Fraktion schließt sich vollinhaltlich dem Beschluß des Geschäftsausschusses an. Auch sie vertritt ganz eindeutig die Meinung: Jeder Abgeordnete hat die moralische Pflicht, sich gegen derartige Vorwürfe, wie sie hier erhoben werden, zu stellen. Jeder Abgeordnete hat die Pflicht, geradezu ein Disziplinarverfahren gegen sich zu beantragen, wenn von irgendeiner Seite derart schwerwiegende Vorwürfe erhoben werden.

(Sehr richtig!)

Das politische Reinlichkeitsbedürfnis, das politische Ehrgefühl und die Moral erfordern das in diesem Falle. Wir reden nicht von Lappalien, Verkehrsübertretungen oder ähnlichen Dingen, wenn dabei keiner zu Tode geht. Es handelt sich aber um etwas ganz anderes. Es handelt sich um schwerwiegende Verbrechen. Wir lehnen die Ausdrucksweise „Kriegswirtschaftsverbrechen“, wie sie hier von der Staatsanwaltschaft beliebt wird, weil sich der Vorgang auf diese Verordnung stützt, ab; es gibt für uns keine Kriegswirtschaftsverbrechen mehr. Aber mit der gleichen Eindeutigkeit betonen wir: Es geht nicht an, daß die höchsten Vertreter des Volkes sich etwa hinter dem schützenden Mantel der Immunität verstecken, um eine klare Rechtsfindung, wie sie erforderlich ist, zu verhüten oder jahrelang zu verschleppen. Es könnte dann eine Verdunkelung eintreten, es könnte eine Beeinflussung erfolgen, es könnten heute feststehende, in der Erinnerung noch haftende Tatsachen verlorengehen, und ihr Verlust könnte einer gerechten Rechtsfindung im Wege stehen.

Aus diesem Grunde beantragt die sozialdemokratische Fraktion, dem Antrag des Geschäftsausschusses beizutreten.

**I. Vizepräsident:** Zum Wort hat sich gemeldet der Herr Abgeordnete Höllerer.

**Höllerer (WWB):** Meine Damen und Herren! Ich möchte besonders den letzten Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Gille zustimmen. Auch nach unserer Auffassung müssen Vorwürfe dieser Art unbedingt einer Untersuchung zugeführt werden. Es ist unter allen Umständen notwendig, festzustellen, inwieweit diese Beschuldigungen zu Recht bestehen. Ich möchte hier namens der WWB nicht einen gegenteiligen Standpunkt vertreten, sondern mich klar und deutlich dahin aussprechen, daß Vorwürfe dieser Art durch die Staatsanwaltschaft zu untersuchen und zu prüfen sind.

(Söllerer [WAB])

Wir sind also auch restlos damit einverstanden, daß die Staatsanwaltschaft ein Verfahren einleiten kann und daß der Landtag hierzu seine Ermächtigung gibt.

Mit der Erlassung eines Haftbefehls sollte man aber meines Erachtens zunächst doch noch abwarten; denn es handelt sich ja nicht nur um die Frage Loriz oder Meier, sondern es handelt sich um eine generelle Frage. Sie, meine Damen und Herren, haben, bitte, eines zu berücksichtigen: Soweit Sie Loriz kennen, sind viel mehr Gegner von ihm hier im Hause als Freunde, das wissen wir. Ich glaube aber ernstlich, in einem Punkt sind wir uns zum großen Teil einig: Als Schwarzhändler, wie es eben hier gelaftet hat, betrachtet ihn doch wohl die große Mehrzahl des Hauses nicht.

(Zuruf von der SPD: Fragezeichen!)

— Bitte, ich gehe sogar auf Ihren Zuruf „Fragezeichen“ ein. Schön, wenn eine Beschuldigung gefallen ist, ist immer ein Fragezeichen offengeblieben. Aber bitte, meine Herren, berücksichtigen Sie eines: Das kann morgen oder in wenigen Tagen irgendeinem anderen von uns allen passieren.

(Große Heiterkeit. — Unruhe. — Zurufe von der SPD: Das kann uns nicht passieren! — Glocke.)

**I. Vizepräsident:** Ich bitte, die Ruhe zu bewahren.

**Söllerer (WAB):** Meine Herren, bitte, lassen Sie mich doch ausreden! Es kann einem oder dem anderen passieren, was ja auch schon oft der Fall war. Es ist ja nicht einmalig und es wäre nicht das erste Mal, daß gegen irgend jemanden — und gegen viele ist es schon geschehen — Anschuldigungen irgendwelcher Art vorgebracht werden. Es muß und es soll doch immer noch genauestens geprüft werden, inwieweit diese Beschuldigungen richtig sind.

(Zuruf von der SPD: Über die Verhaftung entscheidet doch der Staatsanwalt!)

— Meine Damen und Herren, ich möchte auf den Punkt nicht eingehen. Ich bleibe aus bewußten Gründen bei meinem hier vorgesezten Thema. Es ist doch auch zu berücksichtigen, von wem und von welcher Seite die Beschuldigungen kamen.

(Zuruf: Von seinen Freunden!)

— Das Wort Freunde ist vielleicht etwas übertrieben.

(Zuruf: Jetzt!)

— Nein, das Wort Freunde war auch früher übertrieben; denn ich habe hier aus der Verlesung des Herrn Kollegen Dr. Hille gehört, daß es sich bei den Männern, die diese eidesstattlichen Erklärungen abgegeben haben und die wohl als Hauptzeugen auftreten werden — ich glaube, der Name Hildebrand ist wohl gefallen, auch der Name Stadelbauer ist mir in Erinnerung —, um Leute handelt, die Angestellte der Geschäftsstelle waren. Soweit es Stadelbauer betrifft, ist er wegen Unregelmäßigkeiten entlassen worden.

(Zurufe.)

— Bitte, das ist im Falle Stadelbauer erwiesen.

(Zuruf: Gibt es das bei Euch auch wie bei Adolf, daß er die Treppe hinauffällt?)

— Er ist ja nicht die Treppe hinaufgefallen; er sitzt ja, soviel ich weiß, in Eichstätt.

(Zuruf: Ich habe gefragt, ob es das gibt!)

— Mir ist es nicht bekannt.

Auf jeden Fall handelt es sich dabei um eine sehr prinzipielle Frage. Nach meiner Ansicht wäre daher der von der WAB eingebrachte Antrag auch akzeptierbar. Der Antrag wird Ihnen ja wohl vom Herrn Präsidenten des Hauses vorgelesen werden. Ich darf aber vorgreifen und Ihnen den Antrag, nachdem ich ihn formuliert habe, zur Kenntnis bringen.

Der von uns eingebrachte Gegenantrag lautet:

Der Landtag wolle den Antrag des Ausschusses für Geschäftsordnung in Sachen des Abgeordneten Loriz dringlich behandeln und beschließen. Die Genehmigung zur Einleitung eines Verfahrens gegen den Abgeordneten Loriz wird erteilt; die Genehmigung zur Erwirkung eines Haftbefehls gegen den Abgeordneten Loriz wird zunächst nicht erteilt und zurückgestellt, bis dem Landtag genauere Angaben und konkretes Beweismaterial durch die Staatsanwaltschaft vorgelegt werden.

Ich glaube, daß damit der Weg der Gerechtigkeit gewahrt bleibt. Wenn die Untersuchungen ergeben, daß sich Loriz tatsächlich dieser Vergehen schuldig gemacht hat, hat das Haus ja immer noch die Möglichkeit, den Haftbefehl zu bestätigen; andernfalls sind wir davor bewahrt geblieben, einen übereilten Schritt zu tun. Ich bitte, den Antrag unserer Fraktion entsprechend zu würdigen und ihn anzunehmen.

**I. Vizepräsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. S u n d h a m m e r.

**Dr. Sundhammer (CSU):** Meine Damen und Herren! Wenn gegen einen Abgeordneten Vorwürfe und Anschuldigungen von so weittragender Bedeutung erhoben werden, wie es in diesem Fall geschehen ist, dann erscheint es notwendig, die Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens zu erteilen. Die zweite Forderung, die gestellt ist, die Genehmigung zur Verhaftung zu erteilen, ist in der parlamentarischen Praxis neu; es wäre mir wichtig, hierzu zunächst die Stellungnahme des Justizministeriums kennenzulernen.

**I. Vizepräsident:** Das Wort hat der Herr Staatsminister der Justiz Dr. S o e g n e r.

**Staatsminister Dr. Hoegner:** Meines Erachtens ist eine besondere Erlaubnis des Landtags zur Verhaftung überhaupt nicht notwendig; es ist in der Verfassung lediglich gesagt, daß die Erlaubnis des Landtags erforderlich ist zur Einleitung einer Untersuchung o d e r zur Verhaftung. Die beiden Fälle sind einander also nicht entgegengestellt. Ich möchte bitten, es dem pflichtgemäßen Ermessen des zuständigen Richters, der die Vernehmung des Herrn Abgeordneten Loriz durchzuführen hat, zu überlassen, ob eine Verhaftung notwendig ist. Sie kann notwendig sein wegen Verdunklungs- oder wegen Fluchtgefahr. Das zu entscheiden, ist der Landtag heute nicht in der Lage.

(Dr. Hille: Ich bitte nochmals ums Wort.)

**I. Vizepräsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. H i l l e.

**Dr. Hille (SPD):** Meine Damen und Herren! Ich bin kein Strafrechtler. Ich trage nur das vor, was im Ausschuss widerspruchlos ausgesprochen worden ist. Es heißt im Art. 28 der Verfassung:

Kein Mitglied des Landtags kann ohne dessen Genehmigung während der Tagung wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden.

(Zuruf: Wenn die Immunität aufgehoben ist, ist er gewöhnlicher Schuldiger.)

— Das ist nicht die Rechtsfolge. Die Aufhebung der Immunität hat doch nicht ohne weiteres zur Folge, daß er auch verhaftet werden kann,

(Dr. Hoegner: Selbstverständlich!)

hier fehlt eine positive Rechtsvorschrift. Ich bitte das zu klären.

**I. Vizepräsident:** Das Wort hat der Herr Staatsminister der Justiz Dr. Hoegner.

**Staatsminister Dr. Hoegner:** Es kann natürlich der Fall sein, daß bereits eine Strafuntersuchung gegen einen Abgeordneten eingeleitet ist und dann nur noch die Verhaftung in Frage kommt. In diesem Fall wäre eine besondere Erlaubnis zur Verhaftung notwendig. Aber im übrigen obliegt es dem pflichtgemäßen Ermessen des Richters, ob er in einer eingeleiteten Untersuchung eine Verhaftung vornimmt oder nicht. Ich würde es nicht für richtig ansehen, wenn man den Richter durch einen Landtagsbeschluss hemmen würde, das zu tun, was er für seine Pflicht hält.

**I. Vizepräsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schefbeck.

**Schefbeck (CSU):** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich kann den Ausführungen des Herrn Justizministers nicht beitreten.

(Zurufe.)

— Nur etwas Ruhe! Art. 28 der Verfassung ist ganz eindeutig; er lautet folgendermaßen:

Kein Mitglied des Landtags kann ohne dessen Genehmigung während der Tagung wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden.

Es ist ganz klar und eindeutig ausgedrückt, daß ohne Genehmigung des Landtags kein Abgeordneter verhaftet werden kann. Dies geht auch aus Abs. 3 hervor, der von einer sonstigen Beschränkung seiner persönlichen Freiheit spricht. Es ist mir neu gewesen, aus dem Mund des Justizministers diese Auffassung vertreten zu hören. Wir dürfen uns aber hier nicht von politischen oder parteipolitischen Gesichtspunkten leiten lassen, sondern allein von Recht und Gesetz. Es ist auch, wie schon mein Vorredner Herr Dr. Hundhammer ausgeführt hat, ein Novum, daß Abgeordnete verhaftet werden. Ich bitte Sie daher, dem Antrag insoweit zuzustimmen, als die Genehmigung zur Strafverfolgung erteilt wird, die Genehmigung zur Verhaftung aber abzulehnen.

**I. Vizepräsident:** Der Herr Abgeordnete Dr. Linnert hat das Wort.

Stenogr. Ber. d. Bayer. Landtags 1946/47, Bd. I, 23. Sitzung. (Mch.)

**Dr. Linnert (FDP):** Hohes Haus! Es ist außerordentlich bedauerlich, daß bei dem erst siebenmonatigen Bestehen des Bayerischen Landtags der Antrag eines Oberstaatsanwalts vorliegt, einen Abgeordneten dieses hohen Hauses einer Untersuchung zu unterziehen oder zu verhaften.

(Sehr richtig!)

Wir können das nicht ändern; denn schuld sind nicht wir, sondern schuldig ist derjenige, den dann der Richter als schuldig befinden wird. Wir haben so oft in diesem Hause, erst in den letzten Sitzungen gerade über Schwarzhandel, Schiebergeschäfte und dergleichen sehr scharfe Worte gefunden. Kein Mensch im ganzen bayerischen Volk würde es verstehen, wenn wir in einem solchen Fall auch nur den leisesten Zweifel daran ließen, daß ein Abgeordneter in Schutz genommen wird, weil vielleicht noch nicht alles geklärt ist. Es ist unsere Pflicht, dem bayerischen Volke zu zeigen, daß wir für Reinheit im eigenen Hause sorgen wollen. Ich erinnere Sie, meine verehrten Zuhörer, daran, daß ich es war, der den Zuruf gemacht hat: „Die Säuberung beginnt zu Hause!“ Ich habe gewußt, warum ich das gesagt habe. Sie wußten es auch.

Was die Streitfrage anlangt, ob eine doppelte Abstimmung notwendig ist, zur Untersuchung und zur Verhaftung, so möchte ich die Abgeordneten dieses Hauses warnen, sich von juristischen Spitzfindigkeiten leiten zu lassen. Stimmen Sie beiden Dingen zu, dann gehen Sie sicher!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und FDP; —  
Heiterkeit.)

**I. Vizepräsident:** Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den Antrag des Ausschusses abstimmen. Er geht dahin, der Landtag wolle diesen Fall als dringlich behandeln und beschließen, die Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens und zur Erwirkung eines Haftbefehls gegen den Abgeordneten Lortz wegen Kriegswirtschaftsverbrechen und anderem zu erteilen.

Ich bitte die Mitglieder, die dem Antrag zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle die Zustimmung mit allen gegen zwei Stimmen fest.

Wir kommen zum nächsten Punkt:

**Mündlicher Bericht des Ausschusses für die Geschäftsordnung zum Schreiben des Rechtsanwalts Dr. Albert Amend in Landsberg/Lech vom 3. Mai 1947 betreffend Durchführung eines Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Michel. (Beilage 535.)**

Wenn das Haus damit einverstanden ist, werden wir die Sache gleich erledigen; es dauert ja nicht lange.

Der Antrag des Ausschusses lautet:

Der Landtag wolle beschließen, die Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Michel wegen eines Vergehens der offensichtlich falschen Anschulldigung gegen den Flüchtlingskommissar Adolf Katta in Landsberg/Lech bis zur Vorlage eines entsprechenden Antrags der Staatsanwaltschaft nicht zu erteilen.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse darüber abstimmen.

**(I. Vizepräsident)**

Ich bitte diejenigen, die dem Antrag zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag ist angenommen.

(Zuruf: Bericht des Ausschusses!)

— Ich habe den Antrag des Ausschusses vorgelesen.

(Bezold Otto: Berichterstatter!)

— Ich habe ja vorher das Haus gefragt, ob sich da erst eine lange Debatte anschließen sollte. Sie waren damit einverstanden, daß die Sache ohne Debatte er-

ledigt wird. Ich glaube, man kann die Sache dann ohne weiteres so erledigen. — Ich nehme die Zustimmung des Hauses an. — Der Bericht wird schriftlich entgegengenommen.

Ich habe dem hohen Haus bekanntzugeben, daß die nächste Sitzung des Landtags morgen vormittag 9 Uhr stattfindet. Die Tagesordnung ist Ihnen bereits zugegangen.

Damit ist die Sitzung geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 18 Uhr 25 Minuten.)